

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Kiel, den 11. Februar 1965

Einladung

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,

Donnerstag, den 18. Februar 1965, 15 Uhr,

Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. Januar 1965
- 2) Mitteilungen
 - a) des Stadtpräsidenten
 - b) des Magistrats und des Oberbürgermeisters
 - 1. Schlüsselkindereinrichtungen
 Stadtrat Engert
 - Material ist beigelegt -
 - 2. Bericht zur Situation der Schlachthofbetriebe
 Stadtrat Voss
 - Material wird nachgereicht -
 - 3. Zur Kosten- und Ertragslage der kommunalen Unternehmen
 Stadtrat Voss
 - Material ist beigelegt -
 - 4. Schulbauplanung ab 1965
 Stadtschulrat Dr. Hoffmann
 - Material wird nachgereicht -
- 3) Wahl eines neuen Mitgliedes des Wohnungsausschusses
 Stadtpräsident - Drs. 85 -
- 4) Neubesetzung der Ausgleichsausschüsse I, II und III
 Stadtrat Engert - Drs. 52 -
- 5) Ergänzung des Beirates für die Außenwerbung
 Stadtbaurat Dr. Müller-ibold - Drs. 70 -

- 6) Straßenbenennungen - Drs. 55 -
Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold
- 7) Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolfstraße/Jungmannstraße/
Langer Segen/Breiter Weg/Annenstraße - Drs. 53 -
Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold
- 8) 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 - Drs. 72 -
Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold
- 9) 2. Nachtrag zur Entgeltsordnung für das Städtische Krankenhaus - Drs. 78 -
Stadtrat Schubert
- 10) Veränderung von Schulbezirken - Drs. 79 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- Material wird nachgereicht -
- 11) Mitgliedschaft im Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V.",
Hamburg - Drs. 77 -
Stadtrat Dr. Kasch
- 12) Jugendhilfe in Heimen - überplanmäßige Ausgabe - - Drs. 86 -
Stadtrat Engert
- 13) Name für das Heim der "Offenen Tür" an der Friedhofstraße - Drs. 87 -
Stadtrat Engert
- 14) Kieler Woche 1965 - Antrag der CDU-Ratsherrenfraktion auf
Durchführung einer Informationsschau "Nordboot" - - Drs. 88 -
Stadtrat Dr. Kiekebusch
- 15) Verkehrsprobleme am Berliner Platz. - Antrag der SPD-Ratsherren-
fraktion - - Drs. 89 -
Stadtrat Schatz
- Material wird nachgereicht -
- 16) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Kulturpreis 1965
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 73 -
- 2) Preis der Stadt Kiel zur Förderung der Wissenschaft
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 69 -
- 3) Gesellschafterdarlehen an die Kieler Seefischmarkt GmbH. zur Finanzierung
des Investitionsprogramms 1965
Stadtrat Renger - Drs. 63 -
- 4) Erhöhung der Dienstvergütung des Pressereferenten Werner Istei
Stadtrat Renger - Drs. 80 -
- 5) Verschiedenes

Die Tagesordnungspunkte 3, 9, 10 und 12 - 15 der öffentlichen Sitzung und Punkt 4 der nichtöffentlichen Sitzung werden erst am 17. Februar 1965 im Magistrat beraten.

K ö s t e r
Stadtpräsident

Zusammenstellung

der zur Sitzung der Ratsversammlung am 18. Februar 1965 nachgereichten Unterlagen

Öffentliche Sitzung

- 2b) Mitteilungen des Magistrats
- 2. Bericht zur Situation der Schlachthofbetriebe ist beigelegt.
- 4. Schulbauplanung ab 1965
- Material ist beigelegt -
- 10) Veränderung von Schulbezirken
- Vorlage zur Drucksache 79 ist beigelegt -
- 15) Verkehrsprobleme am Berliner Platz
- Antrag der SPD-Ratsherrenfraktion zur Drucksache 89 ist beigelegt -

Nichtöffentliche Sitzung

- 5) Aufnahme eines Kommunaldarlehens
Bürgermeister Titzck
- Dringlichkeitsvorlage ist beigelegt -

1-3 ab 2. A.

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Donnerstag, den 18. Februar 1965, 15 Uhr,

Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. Januar 1965
- 2) Mitteilungen
 - a) des Stadtpräsidenten
 - b) des Magistrats und des Oberbürgermeisters
 - 1. Schlüsselkindereinrichtungen
Stadtrat Engert
- Material ist beigefügt -
 - 2. Bericht zur Situation der Schlachthofbetriebe
Stadtrat Voss
- Material ist beigefügt -
 - 3. Zur Kosten- und Ertragslage der kommunalen Unternehmen
Stadtrat Voss
- Material ist beigefügt -
 - 4. Schulbauplanung ab 1965
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- Material wird nachgereicht -
- 3) Wahl eines neuen Mitgliedes des Wohnungsausschusses
Stadtpräsident - Drs. 85 -
- 4) Neubesetzung der Ausgleichsausschüsse I, II und III
Stadtrat Engert - Drs. 52 -
- 5) Ergänzung des Beirates für die Außenwerbung
Stadtbaurat Dr. Müller-ibold - Drs. 70 -

- 6) Straßenbenennungen - Drs. 55 -
Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold
- 7) Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolfstraße/Jungmannstraße/
Langer Segen/Breiter Weg/Annenstraße - Drs. 53 -
Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold
- 8) 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 - Drs. 72 -
Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold
- 9) 2. Nachtrag zur Entgeltsordnung für das Städtische Krankenhaus - Drs. 78 -
Stadtrat Schubert
- 10) Veränderung von Schulbezirken - Drs. 79 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- Material wird nachgereicht -
- 11) Mitgliedschaft im Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V.",
Hamburg - Drs. 77 -
Stadtrat Dr. Kasch
- 12) Jugendhilfe in Heimen - überplanmäßige Ausgabe - Drs. 86 -
Stadtrat Engert
- 13) Name für das Heim der "Offenen Tür" an der Friedhofstraße - Drs. 87 -
Stadtrat Engert
- 14) Kieler Woche 1965 - Antrag der CDU-Ratsherrenfraktion auf
Durchführung einer Informationsschau "Nordboot" - Drs. 88 -
Stadtrat Dr. Kiekebusch
- 15) Verkehrsprobleme am Berliner Platz - Antrag der SPD-Ratsherren-
fraktion - Drs. 89 -
Stadtrat Schatz
- Material wird nachgereicht -
- 16) Verschiedenes

- Drs. 85 -

- Drs. 82 -

- Drs. 70 -

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Kulturpreis 1965 - Drs. 73 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 2) Preis der Stadt Kiel zur Förderung der Wissenschaft - Drs. 69 -
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 3) Gesellschafterdarlehen an die Kieler Seefischmarkt GmbH. zur Finanzierung des Investitionsprogramms 1965 - Drs. 63 -
Stadtrat Renger
- 4) Erhöhung der Dienstvergütung des Pressereferenten Werner Istel - Drs. 80 -
Stadtrat Renger

Öffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

Die Tagesordnungspunkte 3, 9, 10 und 12 - 15 der öffentlichen Sitzung und Punkt 4 der nichtöffentlichen Sitzung werden erst am 17. Februar 1965 im Magistrat beraten.

- 1) Kulturpreis 1965
- 2) Bericht zur Situation der Schachgesellschaft
- 3) Zur Kosten- und Erfolgslage der kommunalen Unternehmen
- 4) Neubesetzung der Ausgleichsausschüsse I, II und III
- 5) Wahl eines neuen Mitgliedes des Wohnungsausschusses
- 6) Ergänzung des Beirats für die Außenwerbung
- 7) Straßennennungen
- 8) Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolfsstraße/Jungmannstraße/Langer Weg/breiter Weg/Annensstraße
- 9) Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 für das Baugebiet Neue Tassen Mettenhofer Weg/Verlängerung Brandtsdeker Weg/westliche Grenze der Kleinriedel Mettenhof und des Grundstückes 80/12 des Russner Gehölzes/Stadtgrenze
- 10) Nachtrag zur Entgeltordnung für das städtische Krankenhaus

- 2) An
a) die VZ-Kieler Morgenzeitung
b) die Kieler Nachrichten

Tagesordnung

für die Sitzung der Ratsversammlung,

Donnerstag, den 18. Februar 1965, 15 Uhr,

Rathaus, Ratssaal

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. 1. 1965
- 2) Mitteilungen
 - a) des Stadtpräsidenten
 - b) des Magistrats und des Oberbürgermeisters
 1. Schlüsselkindereinrichtungen
 2. Bericht zur Situation der Schlachthofbetriebe
 3. Zur Kosten- und Ertragslage der kommunalen Unternehmen
- 3) Wahl eines neuen Mitgliedes des Wohnungsausschusses
- 4) Neubesetzung der Ausgleichsausschüsse I, II und III
- 5) Ergänzung des Beirates für die Außenwerbung
- 6) Straßenbenennungen
- 7) Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolfstraße/Jungmannstraße/Langer Segen/Breiter Weg/Annenstraße
- 8) 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 für das Baugebiet Neue Trasse Mettenhofer Weg/Verlängerung Brandsbeker Weg/westliche Grenze der Kleinsiedlung Mettenhof und des Flurstücks 80/12 des Russeer Gehölzes/Stadtgrenze
- 9) 2. Nachtrag zur Entgeltsordnung für das Städtische Krankenhaus

Kiel, den 21.1.1965
Muhliustr. 87

- 10) Veränderung von Schulbezirken
- 11) Mitgliedschaft im Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V.", Hamburg
- 12) Jugendhilfe in Heimen - überplanmäßige Ausgabe -
- 13) Name für das Heim der "Offenen Tür" an der Friedhofstraße
- 14) Kieler Woche 1965 - Antrag der CDU-Ratsherrenfraktion auf Durchführung einer Informationsschau "Nordboot" -
- 15) Verkehrsprobleme am Berliner Platz - Antrag der SPD-Ratsherrenfraktion -
- 16) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Kulturpreis 1965
- 2) Preis der Stadt Kiel zur Förderung der Wissenschaft
- 3) Gesellschafterdarlehen an die Kieler Seefischmarkt GmbH.
- 4) Personalangelegenheit
- 5) Verschiedenes - Köster, Stadtpräsident -
- 3) Eine Tagesordnung ist im Rathaus auszuhängen.
- 4) ZdA.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Mann

Schulz

Landesvorsitzender

Landesgeschäftsführer

Stadtpräsident mit vorliegender TO
im verständn.

Köster
sch 11/2

(Köster)

Am 11/2

Zu Punkt 2a) 1. der Tagesordnung

Reichsbund
der Kriegs- u. Zivilbeschädigten
Sozialrentner u. Hinterbliebenen
e.V.
Landesverband Schleswig-Holstein
Der Landesvorstand

Kiel, den 21.1.1965
Muhliusstr. 87

Drucksache

An die
Ratsversammlung der Stadt Kiel
Herrn Stadtpräsidenten Köster
K i e l

Betr.: Gewährung einer einmaligen Beihilfe für unser
Erholungswerk

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident!

Für die einmalige Beihilfe von 5.000,-DM, die aufgrund
eines Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Kiel für
die Errichtung bzw. Einrichtung unseres Erholungsheimes
gewährt worden ist, danken wir herzlich.

Wir freuen uns über diese Beihilfe. Wir sehen darin gleich-
zeitig eine Anerkennung der Arbeit unserer Organisation
und die Verbundenheit zur Stadt Kiel.

Wir bitten herzlich, unseren Dank der Ratsversammlung mit-
zuteilen und auch diesen Dank den Mitgliedern des Kriegs-
opferausschusses weiterzuleiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Mann
Landesvorsitzender

Schulz
Landesgeschäftsführer

Zu Punkt 2b) 1. der Tagesordnung

Jugendwohlfahrtsausschuss
- Jugendamt -

Kiel, den 8. 2. 1965

Geschäftliche Mitteilung

für den Magistrat und die Ratsversammlung.

Betrifft: Schlüsselkindereinrichtungen

Berichterstatter: Stadtrat Engert

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Rechnungsjahr 1958 beschloss die Ratsversammlung am 20./21. März 1958 erstmalig, Mittel für die Betreuung von Schlüsselkindern bereitzustellen. Betreut werden sollten schulpflichtige Kinder, bei denen nur ein Elternteil vorhanden ist und dieser in Arbeit steht. Dem Beschluss gingen gründliche statistische Untersuchungen voraus, die darauf hindeuteten, dass entsprechende Betreuungseinrichtungen erforderlich sind.

Die Ratsversammlung kam damals zu der Ansicht, dass sich in erster Linie die Verbände der freien Wohlfahrtspflege der Aufgabe annehmen sollten. Daher wurden für Beihilfen an diese 10.000 DM eingesetzt, während für städtische Einrichtungen 7.000 DM bereitgestellt wurden.

Die Verwaltung nahm unverzüglich mit der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Verbindung auf, die ihrerseits die Aufmerksamkeit der ihr angeschlossenen Verbände auf das Problem der Schlüsselkinder lenkte. Die Arbeiterwohlfahrt richtete daraufhin im Gebäude Kaiserstrasse 100 eine Betreuungsstätte für Schlüsselkinder ein, die bis Februar 1963 bestand. Der Besuch war zuletzt so gering, dass die Weiterführung nicht mehr verantwortet werden konnte.

Weitere Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege entstanden nicht. Deswegen stellte die Ratsversammlung über den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1959 Mittel zur Durchführung städtischer Massnahmen bereit. Geschaffen wurden Betreuungsstätten für Schlüsselkinder in den Jugendheimen

Pries, Gaarden und Schützenpark.

Die Einrichtung im Schützenpark wurde auf Beschluss des Jugendwohlfahrtsausschusses Ende 1960 geschlossen, weil der Besuch gering blieb. Mit dem Umzug des Kindertagesheimes Pries in den Neubau am Buschblick wurde die dortige Betreuung der Schlüsselkinder in das Heim der offenen Tür eingebaut, weil die Massnahme für sich allein nur lebensfähig und ausgelastet war, solange noch die Hortkinder, also die 6 - 12jährigen Kinder, mit betreut werden mussten. Jetzt besteht also lediglich noch eine spezielle Betreuungsstätte für Schlüsselkinder im Haus der Jugend im Volkspark Gaarden, die stets gut besucht war und ist. Allerdings treffen bei nur 15 Kindern die Voraussetzungen des Beschlusses der Ratsversammlung vom 20./21. März 1958 zu. Etwa 20 Kinder, die aus ähnlichen Gründen betreuungsbedürftig sind, werden mit versorgt.

Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen ?

Die Betreuung schulpflichtiger Kinder mit nur einem Elternteil, der berufstätig ist, wendeten Mitte der 50er Jahre viele Jugendhilfeträger ihre Aufmerksamkeit zu. Überwiegend kamen sie zu der Lösung, sogenannte Heime der offenen Tür zu schaffen, die nachmittags, nach dem Mittagessen, zur Aufnahme von Schulkindern bereitstehen, ohne dass die Kinder an feste Zeiten gebunden sind. Diesen Weg wollte die Stadt seinerzeit bewusst nicht gehen, weil die Kinder im Interesse einer besseren Entwicklung stärker an das Heim gebunden werden und eine warme Mittagstahlzeit erhalten sollten. Auch spielte bei den damaligen Überlegungen die Beitragsfrage eine gewisse Rolle. Da die Massnahme Kinder aus allen Bevölkerungsschichten aufnehmen sollte, wurden auf Vorschlag des damaligen Dezernenten Beiträge festgesetzt. Die Entwicklung zeigte jedoch, dass gerade die stärkere Bindung an das Heim von den älteren Schlüsselkindern ungern hingenommen und dass die Schlüsselkindereinrichtungen vorwiegend von Kindern minderbemittelter Eltern besucht werden. Das wird ganz besonders aus der derzeitigen Beitragsstaffelung im Heim Gaarden deutlich. Dort zahlen nur zwei Kinder den Höchstbeitrag, 19 Kinder sind dagegen völlig von der Zahlung freigestellt.

Seit 1958 wurden die Schulverhältnisse in Kiel wesentlich verbessert. Heute sind die grösseren Kinder fast ausschliesslich regelmässig bis mittags in der Schule, Offenbar finden die Eltern meist eine Regelung für das Mittagessen, so dass die Betreuung sich auf die Nachmittagsstunden beschränkt. Unter diesen Voraussetzungen erscheinen Heime der offenen Tür am besten geeignet. Hinzu kommt, dass die meisten städtischen Kindertagesheime sogenannte Hortgruppen haben, die schulpflichtige Kinder im Alter von 7 - 12 Jahren erfassen. Das sind gerade die Altersgruppen, die am stärksten eine Betreuung bedürfen und nach der Erfahrung auch nur zur Betreuung angemeldet werden.

Aus dieser Entwicklung wurden in den letzten Jahren folgende Erkenntnisse gezogen:

1. Verteilt über das ganze Stadtgebiet sind Heime der offenen Tür zu erstellen.
2. Wo es darüber hinaus zur besseren Betreuung kleinerer Schulkinder nötig ist, sind Hortgruppen zu schaffen oder zu erweitern.

Im Jahre 1964 sind allein 3 Heime der offenen Tür fertiggestellt worden, nämlich in Pries, Elmschenhagen-Nord und an der Friedhofstrasse. Gerade auf diesem Gebiet besteht eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Verbänden der freien Jugendhilfe.

Der Jugendwohlfahrtsausschuss hat von dieser Geschäftlichen Mitteilung am 4. 2. 1965 einstimmig zustimmend Kenntnis genommen.

Engert
Stadtrat

Zu Punkt 2b)2. der Tagesordnung

Der Dezernent
für die Schlachthofbetriebe

Kiel, den 9. Februar 1965

Betr.: Situation der Kieler Schlachthofbetriebe

Im Rahmen der Haushaltsberatungen blieb für die Bericht-
erstattung der Haushaltsposition für die Schlachthofbetriebe
nicht genügend Zeit. Ich sagte der Ratsversammlung einen
schriftlichen Bericht zu, der jetzt nach Vorliegen der
wichtigsten Zahlen für das Jahr 1964 vorgelegt wird.

V o s s
Stadtrat

Zur Situation der Kieler Schlachthofbetriebe

Die Entwicklung der Kieler Schlachthofbetriebe steht seit Jahren unter dem Einfluß von zwei Entwicklungsvorgängen:

1. den Bestrebungen, die Schlachtungen in den Erzeugergebieten zu fördern mit dem Ziel, den Lebendversand mit Schlachtungen am Verbraucherplatz weitmöglich durch Schlachtungen im Erzeugergebiet und anschließenden Versand des Fleisches an den Verbraucherplatz abzulösen. Dadurch könnten auch die öffentlichen Schlachthöfe im Erzeugerland Schleswig-Holstein gestärkt werden.

Diese Bestrebungen werden getragen von privaten Unternehmen und insbesondere von der Landwirtschaft, die mit staatlicher Förderung bemüht ist, in den Erzeugergebieten eigene genossenschaftliche Schlachtanlagen zu errichten und sich damit selbst in die Vermarktung, die Schlachtung und evtl. auch die Verarbeitung einzuschalten.

Dieser Vorgang berührt den hiesigen Inlandschlachthof.

2. den Marktregelungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und deren Auswirkungen auf die Importe von Lebewild aus den Drittstaaten, insbesondere aus den Ostseeanliegerstaaten.

Dieser Vorgang betrifft den Seegrenzschlachthof.

Die beiden genannten Entwicklungsvorgänge haben sich deutlich bemerkbar gemacht, sie sind jedoch erst zu einem Teil zur Auswirkung gekommen.

Wenn man die Gesamtleistung der Schlachthofbetriebe an der er-schlachteten Fleischmenge mißt, die aus der Zahl der Schlachtungen und dem Durchschnittsgewicht der Tiere errechnet wird, dann ergeben sich folgende Zahlen:

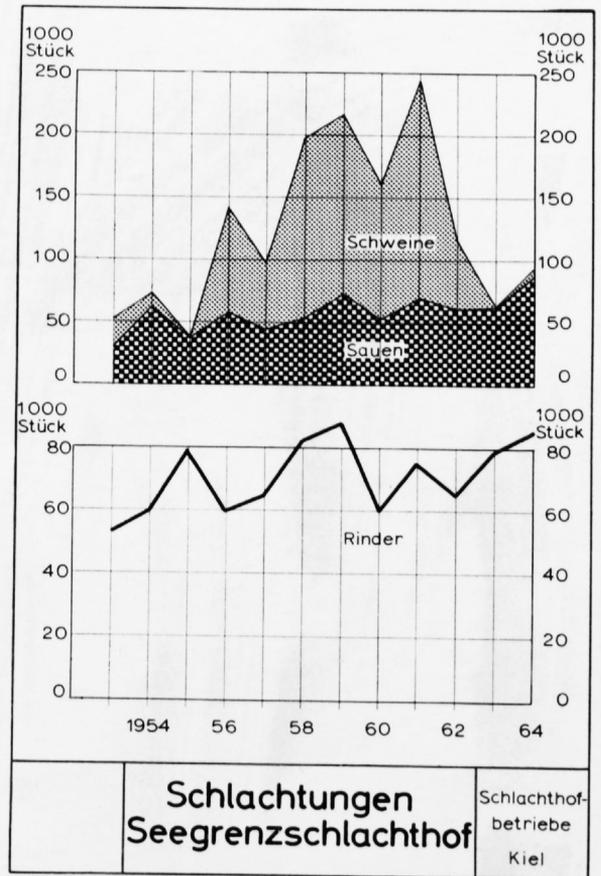
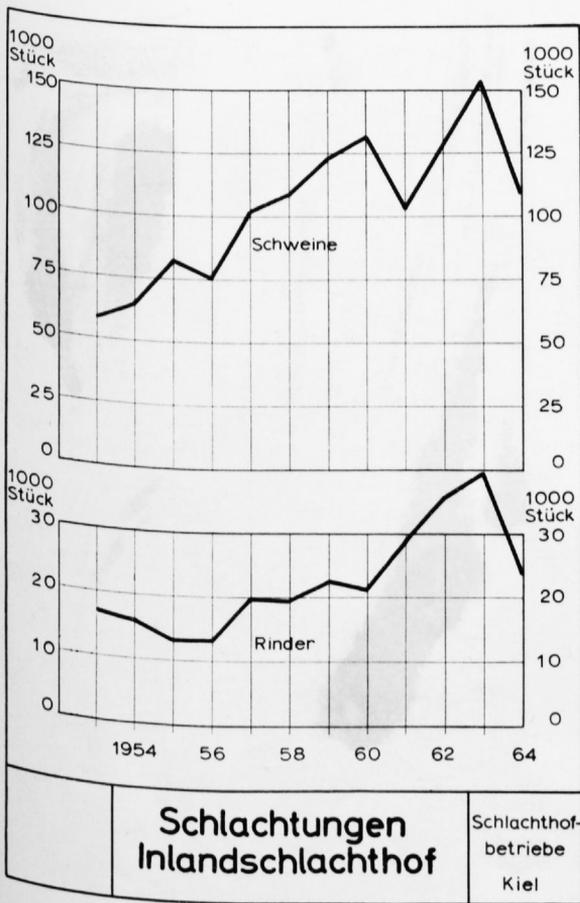
Schlachtungen auf dem Inland- und Seegrenzschlachthof
(in Tonnen Fleisch umgerechnet)

	Gesamt Tonnen	Inland		Import	
		Tonnen	i. vH	Tonnen	i. vH
Durchschnitt					
1958/60	57 021	15 245	27	41 776	73
1962	51 596	19 619	38	31 977	62
1963	53 805	22 709	42	31 096	58
1963 ohne Seuchen- schlachtg.	52 685	21 589	41	31 096	59
1964	52 020	15 294	29	36 726	71

Gegenüber dem Durchschnitt 1958/60 betrugen die erschlachteten Mengen im Jahre 1962 fast ein Zehntel weniger, danach blieben sie bis zum Jahre 1964 ziemlich stabil. Es muß jedoch betont werden, daß das nur für die Gesamtzahlen gilt. Im einzelnen ergaben sich zwischen den Schlachtungen auf dem Seegrenzschlachthof und auf dem Inlandschlachthof Abnahmen und Zunahmen, und zwar in beiden Anlagen für einige Jahre in entgegengesetzter Richtung.

Von den genannten beiden Entwicklungsvorgängen wirkte sich zunächst die ab Mitte 1962 durchgeführte Schweinemarktordnung der EWG sehr stark auf den Seegrenzschlachthof aus. Die Schweine- und Sauenschlachtungen, die einige Jahre bei 200 000 Stück gelegen hatten, fielen auf 117 903 Stück im Jahre 1962 und auf 62 771 Stück im Jahre 1963 zurück. Es blieben fast nur noch Sauenschlachtungen, die dank besonderer Bemühungen in Kiel gehalten und im Jahre 1964 wieder etwas erhöht werden konnten. Die Rinderschlachtungen konnten auf dem Seegrenzschlachthof im ganzen gut gehalten werden. Einem vorübergehenden Rückgang folgte in den Jahren 1963 und 1964 wieder eine Steigerung auf den Stand von 1959. Ob die Schlachtungen auf dem Seegrenzschlachthof längere Zeit auf dieser Höhe gehalten werden können, ist jedoch fraglich. Die ab November 1964 in Kraft getretene Rindermarktordnung der EWG hat sich zwar bisher noch nicht

nachteilig ausgewirkt. Der vorgesehene schrittweise Abbau der Zollvorteile für Lebendimporte und die Absicht der dänischen Landwirtschaft, in den Erzeugergebieten zu schlachten und Fleisch zu exportieren, werden jedoch die Schlachtungen auf den Seegrenzschlachthöfen ungünstig beeinflussen.



In den Jahren mit rückgängigen Schlachtungen auf dem Seegrenzschlachthof ergaben sich bis 1963 erfreulicherweise bei den Schlachtungen von hiesigem Vieh beträchtliche Steigerungen, die zur Hauptsache mit dem erhöhten Auftrieb, aber auch in der Tendenz

zur Schlachtung in den Erzeugergebieten begründet waren. (Bei den Schweineschlachtungen wurde die 1963 erreichte Spitze beeinflusst durch hohe Seuchenschlachtungen - rd. 25 000 Stück -, die dem öffentlichen Schlachthof zur Last fallen.)

Der stärkere Rückgang der Schlachtungen auf dem Inlandschlachthof im Jahre 1964 um 18 vH bei den Schweineschlachtungen und 40 vH bei den Rinderschlachtungen bringt jedoch einen so erheblichen Rückschlag, daß man nach den Ursachen fragen muß.

Bei den Rinderschlachtungen haben sich der geringe Auftrieb, die durch Subventionen geförderte Aufstallung während des Weideabtriebes in der Marsch und die Inbetriebnahme der Husumer Schlachtanlagen ausgewirkt. Ferner haben die Bestrebungen, die Schlachtungen in den Erzeugergebieten an private und genossenschaftliche Anlagen zu vergeben, Erfolg gehabt. Bei steigendem Viehauftrieb ging die Zunahme gegenüber dem Durchschnitt 1958/60 bis 1963 voll in schleswig-holsteinische Betriebe, wobei die privaten und genossenschaftlichen Anlagen einen guten Start hatten und den weitaus größten Teil an sich ziehen konnten, während auf die öffentlichen Schlachtanlagen absolut eine weit geringere Zunahme entfiel.

Für die öffentlichen Schlachtanlagen werden sich die eigentlichen Auswirkungen der Strukturveränderungen mit der Wendung zur Schlachtung in den Erzeugergebieten und der gleichzeitigen Stärkung der privaten und genossenschaftlichen Anlagen erst zeigen, wenn diese Entwicklung nicht von insgesamt zunehmenden Schlachtungen begleitet wird. Dann tritt ein stärkerer Wettbewerb auf.

Das zeichnet sich offenbar bereits ab. Nach den für 1964 vorliegenden Zahlen holten die privaten und genossenschaftlichen Anlagen weiter auf. Bei gering gestiegenen Schweineschlachtungen hatten sie gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 11,8 vH zu verzeichnen, während die öffentlichen Schlachthöfe eine Abnahme von 9,2 vH hinnehmen mußten. Bei den um 13,5 vH geringeren Rinderschlachtungen verloren die öffentlichen Schlachthöfe 28,9 vH, während die privaten nur um 3,8 vH rückläufig waren.

Es ist deutlich erkennbar, daß die privaten Anlagen immer eine volle Auslastung ihrer Betriebe durchzusetzen versuchen, während die öffentlichen Schlachthöfe die Schwankungen und Spitzen tragen müssen, was zweifellos unwirtschaftlich ist und eine Belastung bedeutet. Sie kommt zu den Belastungen, die aus den Aufgaben in hygienischer Hinsicht und aus der Ausrichtung der täglichen Schlachtungen auf den örtlichen Bedarf erwachsen.

In dieser Situation ist es Aufgabe der Schlachthofbetriebe, ihre Anlagen auf eine rationellere Arbeit auszurichten und in Verbindung mit der beteiligten Wirtschaft rationell zu arbeiten.

Die Kieler Betriebe stellen sich auf diese Aufgabe durch Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Rechnung um. Sie überprüfen Kosten und Gebühren und streben eine Gebührenordnung an, die die Wirtschaftlichkeit fördert. Außerdem werden bei den Investitionen Maßnahmen der Rationalisierung und Betriebsverbesserung in den Vordergrund gestellt. So wird zunächst die Schweineschlachthalle modernisiert. Außerdem ist der Bau einer Rinderschlachthalle, die sich jetzt in der Planung befindet, vordringlich.

Es wird eine finanzielle Förderung durch die Landesregierung für den Bau der Rinderschlachthalle angestrebt mit der Begründung, daß die Kieler Anlagen immer in sehr großem Umfange für den überregionalen Bedarf gearbeitet haben und daß diese Position durch eine Modernisierung der Anlagen gestützt werden muß.

Die Entwicklung der Schlachthofbetriebe hat zu einem Rückgang der Wirtschaftlichkeit mit entsprechenden Folgen für den Haushalt geführt. Von 1961 bis 1963 ist der wirtschaftliche Betriebsüberschuß um 933.000 DM, nämlich von 1.175.000 DM auf 241.637 DM zurückgegangen. Für 1964 ist zumindest nicht mit einer Besserung zu rechnen. Die Haushaltszahlen, die von 1963 bis 1965 etwa einen Ausgleich ausweisen, zeigen nicht die gleiche Entwicklung, da die aus dem Betrieb genommenen Mittel für Investitionen wesentlich eingeschränkt wurden.

Der geringere wirtschaftliche Ertrag ist nicht nur in dem Rückgang der Schlachtzahlen, sondern auch darin begründet, daß die Gebühren bis auf geringe Korrekturen für den Schlacht- und Viehhof seit 1951

und für den Seegrenzschlachthof seit 1960 unverändert blieben, während in derselben Zeit erhebliche Kostensteigerungen nicht zu vermeiden waren.

Die notwendige Korrektur der Gebühren soll nach einer Untersuchung der Kostenstruktur, die auf Grund der seit 1964 durchgeführten differenzierten Kostenrechnung möglich ist, vorgeschlagen werden, wobei das Ziel ist, die Gebühren so zu gestalten, daß rentable Schlachtvorgänge gefördert werden.

V o s s
Stadtrat

Geschäftliche Mitteilung

Betr.: Kosten- und Ertragslage der kommunalen Unternehmen

Der Vorstand des Verbandes kommunaler Unternehmen befaßte sich in seiner Sitzung am 5.2.1965 mit den Schwierigkeiten, die für die Unternehmen der Gemeinden durch eine Reihe Kostenerhöhungen entstehen. Nach gründlicher Beratung wurde folgende EntschlieÙung beschlossen, die den Werken zur Unterrichtung der Gremien zugeleitet wird:

"Im ersten Vierteljahr 1965 treffen die kommunale Wirtschaft wiederum in rascher Folge beträchtliche Kostenvertierungen.

Am 1. Januar 1965 erhöhte der deutsche Steinkohlenbergbau den Preis für die Versorgungswirtschaft maßgeblichen Sorten um 3,-- DM/t. Für ein steinkohlenbefeuertes Kraftwerk steigen zwangsläufig damit die Erzeugungskosten je kWh. Entsprechend werden sich in vielen Fällen die Beschaffungskosten der Verteilerunternehmen erhöhen.

Die Erhöhung der Kohlepreise setzt eine Kette von Preissteigerungen fort, die in den letzten Jahren bei den von der Versorgungswirtschaft benötigten Investitionsgütern und Materialien eingetreten sind. Besonders spürbar ist die Steigerung der Baupreise, deren Index in den letzten vier Jahren von 112 auf 137 stieg, und die durch die Kostendegression bei großen Einheiten nicht aufgefangen werden kann. Die Stromwirtschaft sieht sich ferner vor einen steigenden Trend der Kupferpreise gestellt, der den Leitungsbau verteuert. Auch die Kapitalkosten, die angesichts der Kapitalintensität der Versorgungswirtschaft eine bedeutende Rolle spielen, sind gestiegen.

Hinzu kommt der bekannte allgemeine Anstieg der Personalkosten. Allein die letzte mit Wirkung vom 1. Januar 1965 bei den kommunalen Unternehmen in Kraft getretene Lohn- und Gehaltserhöhung, beträgt mehr als 7 %. Davon werden die Nahverkehrsbetriebe, bei denen der Personalkostenanteil im allgemeinen über 60 % beträgt, besonders hart betroffen.

Schließlich fällt am 1. April 1965 die Umsatzsteuerbefreiung für die Strom-, Gas- und Fernwärmeumsätze der Unternehmen der öffentlichen Hand fort.

Trotz der ständigen Kostensteigerungen ist es den Bemühungen der Unternehmen gelungen, die Strom- und Gaspreise in den letzten Jahren konstant zu halten. Teilweise wurden sie sogar gesenkt. Viele Gaswerke haben im Zuge des Strukturwandels der Gaswirtschaft durch Einführung des Vollversorgungstarifes, der die Gas-Raumheizung ermöglichst, sogar eine drastische Senkung ihrer Preise vorgenommen.

Zu beachten ist ferner, daß sich bei Grundpreistarifen mit wachsendem Verbrauch zwangsläufig ein Rückgang der Durchschnittserlöse ergibt.

Die rückläufige Entwicklung der Durchschnittserlöse einerseits und der Anstieg der Kosten andererseits war für die Unternehmen bisher nur tragbar, weil sie durch Rationalisierungsmaßnahmen die Kosten je Leistungseinheit gesenkt haben. Selbstverständlich werden auch in Zukunft alle Anstrengungen für eine weitere Rationalisierung gemacht werden. Die hierfür noch gegebenen Möglichkeiten reichen je-

doch nicht aus, um mit dem Tempo und dem Ausmaß der derzeitigen Kostensteigerungen Schritt zu halten. Daher wird im allgemeinen kein anderer Ausweg als eine Anhebung der Preise bleiben.

Die Sachlage gebietet, daß jedes Unternehmen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten sich einen seinen Verhältnissen angepaßten Weg sucht. Bei notwendigen Preisanhebungen können auch die allgemeinen Tarife nicht länger ausgeschlossen werden.

Der anhaltende und rasche Bedarfsanstieg verbietet angesichts der Versorgungspflicht der Unternehmen jede Kürzung der Investitionsprogramme. Nur bei ausreichenden Erträgen können die Unternehmen investieren und nur bei ausreichenden Investitionen kann die Sicherheit der Energie- und Wasserversorgung auf die Dauer verbürgt bleiben."

Die jährliche Belastung der Stadtwerke durch die ab 1. April 1965 wirksam werdende Umsatzsteuer für Strom, Gas und Fernwärme und die Vermögensteuer beträgt 1,4 Mio DM. Der sich damit ergebende Betrag, der noch durch andere Kostensteigerungen erhöht wird, ist durch Rationalisierungsmaßnahmen nicht mehr auszugleichen und wird nach den Zahlen des Wirtschaftsplanes für 1965 die Konzessionsabgabe beeinträchtigen.

V o s s

Stadtrat

Geschäftliche Mitteilung

f ü r

- a) Schulausschuß
- b) Ausschuß für Städt. Berufs- und Fachschulen
- c) Magistrat und
- d) Ratsversammlung

Betr.: Schulbauplanung ab 1965

Die Schulbauplanung ab 1965 soll einen Überblick über den annähernden Investitionsbedarf der kommenden Jahre für den Schulbau geben. Das Hochbauamt weist ausdrücklich daraufhin, daß es sich bei den Kosten um geschätzte Zahlen handelt, die noch nicht für die Aufnahme in den Haushaltsplan bestimmt sind. Hierfür sind nur die Ergebnisse der Kostenvoranschläge gemäß § 5 oder der Kostenanschläge gemäß § 6 der Richtlinien für die Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Bauten der Stadt Kiel vom 29.4.1964 geeignet.

Die unter 1965 genannten Maßnahmen entsprechen den Ansätzen des außerordentlichen Haushaltsplans 1965.

Für 1966 wurde die Voranmeldung für den außerordentlichen Haushaltsplan zugrundegelegt.

Ab 1967 werden - soweit es sich nicht noch um Folgemaßnahmen aus den Vorjahren handelt - die Bauvorhaben mit ihren voraussichtlichen Gesamtbaukosten einschließlich Inventarkosten aufgeführt.

Die Reihenfolge ist nach der vorausschbaren Dringlichkeit geordnet, wobei wegen der besseren Übersicht die Planung unterteilt ist in

1. Schulbau
2. Turnhallen
3. Schulkindergärten.

In das Schulbauprogramm wurden grundsätzlich noch keine Aulen aufgenommen, da das Kultusministerium wegen der starken Schulbautätigkeit - besonders im Hamburger Randgebiet - eine Bezuschussung für die nächsten Jahre als aussichtslos ansieht.

Haushalts- Bezeichnung des Bauvorhabens
stelle

Für das Rechnungs-
jahr 1965 vorgese-
her Betrag

V

210/1210	Neubau einer Turnhalle an der Andreas-Gayk-Schule, Neumühlen 2. Teilabschnitt	50.000 DM
210/1230	Erweiterung der Volksschule Suchsdorf - III. Bauabschnitt - 2. Teilabschnitt	153.000 DM
210/1231	Inventar für die Erweiterung der Volksschule Suchsdorf - III. Bauabschnitt -	185.000 DM
210/1240	Neubau einer Volksschule am Westring - I. Bauabschnitt - 2. Teilabschnitt	477.000 DM
210/1241	Inventar für den Neubau einer Volksschule am Westring - I. Bauabschnitt -	110.000 DM
210/1360	Neubau einer Volksschule in Hassee - I. Bauabschnitt - 3. Teilabschnitt	310.000 DM
210/1361	Inventar für den Neubau einer Volksschule in Hassee - I. Bauabschnitt -	350.000 DM
210/1380	Erweiterung der Adolf-Reichwein-Schule - I. Bauabschnitt - - Nachbewilligung -	87.000 DM
210/1381	Inventar für die Erweiterung der Adolf-Reichwein-Schule - I. Bauabschnitt -	80.000 DM
210/1400	Neubau einer Turnhalle an der Gorch-Fock-Schule, Melsdorfer Straße - Nachbewilligung -	50.000 DM
210/1410	Erweiterung der Gorch-Fock-Schule, Melsdorfer Straße - I. Bauabschnitt - 2. Teilabschnitt	800.000 DM
210/1420	Erweiterung der Pestalozzischule Nord, Schusterkrug - I. Bauabschnitt - 2. Teilabschnitt	247.000 DM
210/1421	Inventar für die Erweiterung der Pestalozzischule Nord, Schusterkrug - I. Bauabschnitt -	68.000 DM

Haushalts- stelle V	Bezeichnung des Bauvorhabens	Für das Rechnungs- jahr 1965 vorgesehe- ner Betrag
210/1500	Neubau einer Volksschule am Langen Rehm, Neumühlen - Bauvorbereitung und Baureifmachung des Geländes -	250.000 DM
210/1510	Neubau einer Volksschule am Metten- hofer Weg, Mettenhof - Bauvorbereitung und Baureifmachung des Geländes -	300.000 DM
230/1243	Neubau einer Turnhalle mit Gymnastik- saal an der Ricarda-Huch-Schule, Westring 1. Teilabschnitt	500.000 DM
230/1500	Neubau eines 6. städt. Gymnasiums in Projensdorf-West - I. Bauabschnitt - 1. Teilabschnitt	1.900.000 DM
230/1510	Ausbau der Aula der Käthe-Kollwitz- Schule, Paul-Flemming-Straße	180.000 DM
230/1511	Inventar für die Aula der Käthe-Koll- witz-Schule, Paul-Flemming-Straße	85.000 DM
240/121	Inventar für den Neubau der Berufs- schulen I und II am Westring - 4. Rate für den II. Bauabschnitt -	100.000 DM
240/1400	Neubau der Kaufmännischen Berufs- schule am Westring 2. Teilabschnitt	1.450.000 DM
2561/1220	Instandsetzung des Nordflügels der Han- delslehranstalten am Ravensberg 2. Teilabschnitt	80.000 DM
2664/1260	Wiederaufbau der Staatlichen Ingenieur- schule - Abschnitt D - Umbau des Gebäudeflügels Wilhelminen- straße - II. Bauabschnitt - 3. Teilabschnitt	317.000 DM
		----- 8.129.000 DM =====

Voranmeldung 1 9 6 6

A) Folgermaßnahmen: (Fertigstellung begonnener Bauvorhaben zur Erzielung abgeschlossener und benutzbarer Bauabschnitte)

210/1410	Erweiterung der Gorch-Fock-Schule, Melsdorfer Straße - I. Bauabschnitt - 3. Teilabschnitt
210/1411	Erweiterung der Gorch-Fock-Schule, - I. Bauabschnitt - - Inventarkosten -
230/1243	Turnhalle und Gymnastiksaal für die Ricarda-Huch-Schule 2. Teilabschnitt
230/1500	Neubau eines 6. städt. Gymnasiums in Projensdorf-West - I. Bauabschnitt - 2. Teilabschnitt
230/1501	Neubau eines 6. städt. Gymnasiums in Projensdorf-West - I. Bauabschnitt - - Inventarkosten -
240/121	Inventar für die Berufsschulen I und II am Westring - 5. und letzte Rate für den II. Bau- abschnitt -
240/1400	Neubau der Kaufmännischen Berufs- schule am Westring 3. Teilabschnitt
240/1401	Neubau der Kaufmännischen Berufs- schule am Westring - Inventarkosten -
2664/1261	Wiederaufbau der Staatlichen Ingenieur- schule - Abschnitt D - Inventar für den Umbau des Gebäude- flügels Wilhelminenstraße - II. Bauabschnitt - 2. Teilabschnitt - 4. Rate -

Vorgesehener
Betrag

825.000 DM

175.000 DM

395.000 DM

2.210.000 DM

382.000 DM

100.000 DM

1.247.000 DM

500.000 DM

250.000 DM

6.084.000 DM

B) Fortsetzungsmaßnahmen: (Beginn neuer Abschnitte an bereits vorhandenen bzw. vorbereiteten Schulbauten)

		<u>vorgesehener Betrag</u>
210/1240	Neubau einer Volksschule am Westring - II. Bauabschnitt - (Sonderunterrichtsräume und Verwaltung) Baukosten: 1.300.000 DM, davon Rohbau 700.000 DM	
210/1420	Erweiterung der Pestalozzischule Nord, Schusterkrug - II. Bauabschnitt - (Gymnastiksaal, Musiksaal, Hausmeister- wohnung) Der Ansatz nur der Rohbaukosten wird vom Hochbauamt nicht empfohlen, da wegen des geringen Umfangs die Ar- beiten zwischen Rohbau und Ausbau un- terbrochen werden mußten.	490.000 DM
210/1500	Neubau eines 6. städt. Gymnasiums in Projensdorf-West - II. Bauabschnitt - (9 Klassen, Rest der Sonderunter- richtsräume und Verwaltungsräume, Aula) Baukosten: 1.640.000 DM, davon Rohbau <u>800.000 DM</u>	1.990.000 DM =====

C) Neue Maßnahmen:

210/1500	Neubau einer Volksschule am Langen Rehm, Neumühlen - I. Bauabschnitt - Der I. Bauabschnitt umfaßt 18 Klassen- räume und den Rohbau der Fachklassen unter Berücksichtigung der 1965 ver- anschlagten 250.000 DM.	2.300.000 DM
210/1510	Neubau einer Volksschule am Metten- hofer Weg, Mettenhof - I. Bauabschnitt - (22 Klassen und Hausmeister) Wegen Fertigbau kein Rohbau	1.815.000 DM
210/1510	Neubau einer Volksschule am Metten- hofer Weg, Mettenhof - II. Bauabschnitt - (Fachklassen, Verwaltung, Aula)	1.585.000 DM

Neubau einer Turnhalle in Suchsdorf

600.000 DM

6.300.000 DM
=====

A) Folgemaßnahmen	6.084.000 DM
B) Fortsetzungsmaßnahmen	1.990.000 DM
c) Neue Maßnahmen	<u>6.300.000 DM</u>
	14.374.000 DM
	=====

Voranmeldung 1967 und später

A) Fortsetzungsmaßnahmen:

Wiederaufbau der Staatlichen Ingenieurschule
- Abschnitt D -
Inventar für den Umbau des Gebäudeflügels ,
Wilhelminenstraße
- II. Bauabschnitt -
2. Teilabschnitt - 5. Rate -

374.000 DM

Vorbereitende Maßnahmen

A) Vorbereitende Maßnahmen	
Neubau einer Volksschule am Westring	
- II. Bauabschnitt -	
a) Ausbau	600.000 DM
b) Inventar	140.000 DM
Neubau einer Volksschule am Langen Rehm	
- II. Bauabschnitt -	
a) Baukosten	800.000 DM
b) Inventar I. und II. Bauabschnitt	280.000 DM
Neubau einer Volksschule am Mettenhofer Weg, Mettenhof	
- Inventarkosten -	280.000 DM
Neubau eines 6. städt. Gymnasiums in Projens- dorf-West	
- II. Bauabschnitt -	
a) Ausbau	840.000 DM
b) Inventar	138.000 DM
Erweiterung der Pestalozzischule Nord, Schuster- krug	
- II. Bauabschnitt -	
- Inventarkosten -	40.000 DM
Erweiterung Gorch-Fock-Schule	
- II. Bauabschnitt -	
(Säuglingsfürsorgestelle und Schulkindergarten)	
Baukosten	400.000 DM
Inventar	45.000 DM
Erweiterung der Adolf-Reichwein-Schule	
- II. Bauabschnitt -	
(Ausbau des Altbaus mit Sonderunterrichts- räumen)	
a) Baukosten	300.000 DM
b) Inventarkosten	120.000 DM
	<u>4.357.000 DM</u>

B) Neue Maßnahmen ab 1.9.67:

1. Schulbau

Neubau einer Pestalozzischule in Elmschen- hagen	2.795.000 DM
Neubau einer Volksschule an der verlänger- ten Ottomar-Enking-Straße, Friedrichsort	3.430.000 DM
Neubau einer Mittelschule in Friedrichsort	3.850.000 DM

Neubau einer Sonderschule für körperbehinderte Kinder

Neubau einer Volksschule in Mettenhof am Zentrum 3.430.000 DM

Neubau einer Mittelschule in Mettenhof am Zentrum 3.850.000 DM

Neubau eines 7. städt. Gymnasiums am Ellerbeker Weg 6.270.000 DM

Neubau einer Pestalozzischule am Schulredder (Wik) 2.795.000 DM

Neubau einer Volksschule in Suchsdorf am Bahndamm 3.430.000 DM

Erweiterung der Uwe-Jens-Lornsen-Schule (Sonder-
unterrichtsräume und Verwaltung) 1.540.000 DM

Neubau einer Pestalozzischule in Mettenhof 2.795.000 DM

Neubau einer Pestalozzischule in Wellingdorf 2.795.000 DM

Neubau einer 3. Volksschule in Mettenhof 3.430.000 DM

Neubau einer Mittelschule in Kopperpahl 3.850.000 DM

Neubau einer Volksschule am Klausdorfer Weg 3.430.000 DM

Neubau einer Mittelschule am Langen Rehm 3.850.000 DM

Neubau einer Volksschule in Mettenhof 3.430.000 DM

Erweiterung der Volksschule Holtenau (Verwaltung
und Aula) 1.780.000 DM

Neubau eines 8. städt. Gymnasiums in Friedrichsort 6.270.000 DM

Neubau eines 9. städt. Gymnasiums in Mettenhof 6.270.000 DM

Erweiterung der Muthesius-Werkschule (Vortrags-
saal, Klassenräume für Grundlehre, Ausstellungs-
und Abstellflächen) 1.650.000 DM

70.940.000 DM

2. Turnhallen

Neubau einer Turnhalle mit Gymnastiksaal an der
Ludwig-Richter-Schule

952.000 DM

Neubau einer Turnhalle und eines Gymnastiksaales
am 6. städt. Gymnasium

952.000 DM

Neubau einer Turnhalle und Aula an der Reventlou-
schule

850.000 DM

Neubau einer Turnhalle an der Ellerbeker Schule,
Rohdehoffplatz

600.000 DM

Neubau einer Sporthalle in Mettenhof (Zentrum)	1.500.000 DM
Neubau einer Turnhalle mit Gymnastiksaal für die Schulen am Elendsredder	952.000 DM
Neubau einer Turnhalle für die Volksschule am Mettenhofer Weg	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle für die Kritz-Reuter-Schule, Friedrichsort	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle und Gymnastiksaal am 7. städt. Gymnasium	952.000 DM
Erweiterung des Schülerbootshauses Düsternbrooker-Weg	420.000 DM
Neubau einer Turnhalle und Gymnastiksaal für die Volksschule am Langen Rehm	952.000 DM
Neubau einer Turnhalle an der Volksschule am Westring	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle in Schilksee	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle an der Volksschule Kronsburg	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle an der Volksschule Muhliusstraße	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle am Klausdorfer Weg	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle an der 3. Volksschule in Mettenhof	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle an der 4. Volksschule in Mettenhof	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle an der Mittelschule in Kopperpahl	600.000 DM
Neubau einer Turnhalle und Gymnastiksaal am 8. städt. Gymnasium	952.000 DM
Neubau einer Turnhalle und Gymnastiksaal für das 9. städt. Gymnasium	<u>952.000 DM</u>
	16.034.000 DM
	=====

3. Schulkindergärten
=====

Neubau eines Schulkindergartens für die Goetheschule, Hansastrasse	222.000 DM
Neubau eines Schulkindergartens für die Hans-Christian-Andersen-Schule, Stoschstraße	222.000 DM

Neubau eines Schulkindergartens an der Peter-Petersen-Schule, Elendsredder

222.000 DM

Neubau eines Schulkindergartens in Friedrichsort - verlängerte Ottomar-Enking-Straße -

222.000 DM

Neubau eines Schulkindergartens an der Theodor-Heuss-Schule

222.000 DM

Neubau eines Schulkindergartens an der Theodor-Strom-Schule, Wellingdorf

222.000 DM

Neubau eines Schulkindergartens in Mettenhof

~~222.000 DM~~

1.554.000 DM

Kostenzusammenstellung:

Für das Rechnungsjahr	1965	8.129.000 DM
Voranmeldung	1966	14.374.000 DM
Fortsetzungsmaßnahmen	1967	4.357.000 DM
Schulbau ab	1967	70.940.000 DM
Turnhallen ab	1967	16.034.000 DM
Schulkindergärten ab	1967	<u>1.554.000 DM</u>
		115.388.000 DM

Im Einzelplan 2 des außerordentlichen Haushalts standen zur Verfügung (Ansätze des jeweiligen Nachtragshaushaltsplanes):

1961	18.544.290 DM
1962	13.838.250 DM
1963	11.265.200 DM
1964	9.833.700 DM
1965	8.129.000 DM

J e n s e n

Dr. Hoffmann

Drucksache 52

Betr.: Neubesetzung der Ausgleichsausschüsse I, II und III

Berichterstatter: Stadtrat E n g e r t

Antrag: In die Ausgleichsausschüsse werden auf die Dauer von 4 Jahren gewählt:

a) Ausgleichsausschuß I:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

.....

bisher:

Herr Paul Zöllkau, Kiel-Holtenau, Waffenschmiede 1

Stellvertreter:

.....

bisher:

Herr Hans Walther, Kiel, Karlstr. 8/10

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten

Beisitzer:

.....

bisher:

Frau Gertrud Hirsch, Kiel, Eichhofstr. 24

Stellvertreter:

.....

bisher:

Frau Wilma Behnk, Kiel-Ellerbek, Peter-Hansen-Str. 136

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge

Beisitzer:

.....

bisher:

Frau Antje Hochheim, Kiel, Westring 271

Stellvertreter:

.....

bisher:

Herr Erich Arndt, Kiel-Wellingdorf, Unterstr. 1

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten und Sowjetzonenflüchtlinge gehört

Beisitzer:

.....

bisher:

Herr Walter Vagdt, Kiel, Hamburger Chaussee 146

Stellvertreter:

.....

bisher:

Herr Bernhard Peter, Kiel-Wellingdorf, Radsredder 12

b) Ausgleichsausschuß II:

1. Als Vertreter der Vertriebenen
Beisitzer:

.....
bisher:

Herr Klaus Hupp, Kiel-Hasseldieksdamm, Am Wohld 7

Stellvertreter:

.....
bisher:

Frau Agnes Steinmann, Kiel, Jangmannstr. 37

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten
Beisitzer:

.....
bisher:

Frau Meta Wilimzig, Kiel-Gaarden, Johannesstr. 44

Stellvertreter:

.....
bisher:

Frau Lena Schröder, Kiel, Ringstr. 33

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge
Beisitzer:

.....
bisher:

Frau Hildegard Franzius, Kiel, Ringstr. 90

Stellvertreter:

.....
bisher:

Herr Ratsherr Wolfgang Hochheim, Kiel, Zastrowstr. 30

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem
Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten oder
Sowjetzonenflüchtlinge gehört
Beisitzer:

.....
bisher:

Frau Ellen Pries, Kiel, Esmarchstr. 66

Stellvertreter:

.....
bisher:

Herr Carl von Seydlitz, Kiel, Gellertstr. 22 (verstorben)

c) Ausgleichsausschuß III:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

.....

bisher:

Herr Ratsherr Alfred Stellmacher, Kiel, Elisabethstr. 97

Stellvertreter:

.....

bisher: Herr

Ratsherr Herbert Wollschlaeger, Kiel, Eckernförder Allee 33

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten

Beisitzer:

.....

bisher:

Frau Ilse Sade, Kiel-Gaarden, Bielenbergstr. 2

Stellvertreter:

.....

bisher:

Herr Walter Schindeler, Kiel-Ellerbek, Franziusallee 124

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge

Beisitzer:

.....

bisher:

Frau Helga Weiße, Kiel, Harmsstraße 78 (verzogen)

Stellvertreter:

.....

bisher:

Frau Gerda Bredenbeck, Kiel-Ellerbek, Lütjenburger Str. 14
(verzogen)

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem
Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten und
Sowjetzonenflüchtlinge gehört:

Beisitzer:

.....

bisher:

Herr Hans Kosak, Kiel, Scharnhorststr. 3

Stellvertreter:

.....

bisher:

Herr Werner Beyring, Kiel, Kirchhofallee 70

Begründung:

Die Wahlzeit der Mitglieder der Ausgleichsausschüsse läuft Ende März 1965 ab.

Nach § 309 LAG besteht der Ausgleichsausschuß aus dem Vorsitzenden und zwei ehrenamtlichen Beisitzern. Einer der Beisitzer muß Geschädigter sein (Vertriebener oder Kriegssachgeschädigter), je nach der Geschädigtengruppe des Antragstellers. Der zweite Beisitzer soll weder Vertriebener noch Kriegssachgeschädigter sein.

Daneben hat aufgrund des § 10 Abs. 3 der Weisung über Leistungen zur Milderung von Härten in der Fassung vom 1.12.1958 - Mitteilungsblatt BAA S. 519 - für die Entscheidung über Anträge von Sowjetzonenflüchtlingen ein Angehöriger dieser Personengruppe teilzunehmen.

Die Beisitzer werden in den Stadtkreisen von den zuständigen Wahlkörperschaften auf die Dauer von 4 Jahren gewählt.

E n g e r t
Stadtrat

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

Der Stadtpräsident

Kiel, den 17. Februar 1965

Zu Drucksache 52

Betr.: Neubesetzung der Ausgleichsausschüsse I, II und III

Es werden folgende Vorschläge gemacht:

a) Ausgleichsausschuß I:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

Herr Paul Z ö l l k a u, Kiel-Holtenu, Waffenschmiede 1

Stellvertreter:

Herr Hans W a l t h e r, Kiel, Karlstr. 8/10

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten

Beisitzer:

Frau Gertrud H i r s c h, Kiel, Eichhofstr.24

Stellvertreter:

Frau Wilma B e h n k, Kiel-Ellerbek, Peter-Hansen-Str.136

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge

Beisitzer:

Frau Antje H o c h h e i m, Kiel, Westring 271

Stellvertreter:

Herr Erich A r n d t, Kiel-Wellingdorf, Unterstr. 1

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten und Sowjetzonenflüchtlinge gehört:

Beisitzer:

Herr Walter V a g d t, Kiel, Hamburger Chaussee 146

Stellvertreter:

Herr Bernhard P e t e r, Kiel-Wellingdorf, Radsredder 12

b) Ausgleichsausschuß II:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

Herr Klaus H u p p, Kiel-Hasseldieksdamm, Am Wohld 7

Stellvertreter:

Herr Fritz D o r n, Kiel-Eriedrichsort, Gorch-Fock-Str.4

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten:

Beisitzer:

Frau Meta Wilimzig, Kiel-Gaarden, Johannesstr. 44

Stellvertreter:

Frau Lena S. c h r ö d e r, Kiel, Ringstr. 33

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge:
Beisitzer:
CDU Frau Hildegard F r a n z i u s, Kiel, Ringstr.90
Stellvertreter:
CDU Herr Wolfgang H o c h h e i m, Kiel, Zastrowstr.30
4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten oder Sowjetzonenflüchtlinge gehört:
Beisitzer:
SPD Frau Ellen P r i e s, Kiel, Esmarchstraße 66
Stellvertreter:
SPD Herr Hans K o s a k, Kiel, Scharnhorststraße 3

c) Ausgleichsausschuß III:

1. Als Vertreter der Vertriebenen:
Beisitzer:
CDU Herr Alfred S t e l l m a c h e r, Kied-Gaarden, Elisabethstraße 97
Stellvertreter:
CDU Herr Wolf-Dietrich D r e v s, Kiel, Olshausenstr.24
2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten:
Beisitzer:
SPD Frau Ilse S a d e, Kiel-Gaarden, Bielenbergstr.2
Stellvertreter:
SPD Frau Rosa E n g e l, Kiel, Waisenhofstr. 40
3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge:
Beisitzer:
SPD Herr Heinz K a d e, Kiel-Holtenuau, Lilienthalstr.11
Stellvertreter:
SPD Herr Heinz B r e n n e c k e, Kiel, Hornheimer Weg 44
4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten und Sowjetzonenflüchtlinge gehört:
Beisitzer:
CDU Herr Werner B e y r i n g, Kiel, Kirchhofallee 70
Stellvertreter:
CDU Fräulein Gisela C l a a s e n, Kiel, Holtenuauer Straße 203

Der Magistrat

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

Bauausschuß
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 28. Januar 1965

Drucksache 70

Betr.: Ergänzung des Beirates für die Außenwerbung

B.E.: Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold

Antrag: In den Beirat für die Außenwerbung wird als Mitglied gewählt:

.....

Begründung

Die Ratsversammlung wählte am 5.4.62 für die Dauer ihrer Wahlzeit den Kaufmann Walter Leopold, Kiel, Holstenstraße 13-15, als Mitglied des Beirates für die Außenwerbung.

Die Mitgliedschaft von Herrn Walter Leopold ist durch seinen Tod erloschen. Eine Ersatzwahl ist erforderlich.

Eine Abschrift des § 6 der Satzung der Stadt Kiel über Außenwerbung in der Fassung des 1. Nachtrages vom 13.10.59, durch den die Zusammensetzung des Beirates für die Außenwerbung geregelt ist, liegt bei.

Die Vorlage hat dem Bauausschuß am 14.1.65 vorgelegen. Er hat einstimmig beschlossen, sie an Magistrat und Ratsversammlung weiterzuleiten.

Dr. Müller-Ibold

Stadtbaurat

Auszugsweise Abschrift

aus der

Satzung der Stadt Kiel über Außenwerbung
in der Fassung des 1. Nachtrages vom 13.10.1959

§ 6

- (3) Dem Beirat gehören neun Mitglieder an.
- (4) Die Ratsversammlung wählt sechs Kieler Bürger für die Dauer ihrer Wahlzeit. Für jedes Mitglied ist ein Kieler Bürger als Vertreter für diese Wahlzeit zu wählen. Die Ratsversammlung kann die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder vorseitig abberufen. Vier Mitglieder und vier stellvertretende Mitglieder sind Vorschlagslisten zu entnehmen, welche die folgenden Organisationen vorlegen können:
- a) Industrie- und Handelskammer zu Kiel
 - b) Bund Deutscher Architekten, Bezirksgruppe Kiel
 - c) Haus- und Grundeigentümergeverein von Kiel und Umgegend e.V. und
 - d) Arbeitsgemeinschaft Kieler Wohnungsunternehmen e.V.
- Jede Vorschlagsliste muß mindestens vier Namen enthalten. Dabei können die Bürger, die als Mitglieder, und die Bürger, die als stellvertretende Mitglieder vorgeschlagen werden, getrennt bezeichnet werden.
- (5) Dem Beirat gehören ferner die Leiter des Bauaufsichtsamtes, des Stadtplanungsamtes und des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Kiel als Mitglieder an. Ihre Stellvertreter im Amt sind stellvertretende Mitglieder des Beirates.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

CDU-Ratsherrenfraktion

Kiel, den 9. Februar 1965

Zu Drucksache 70

An den
Herrn Stadtpräsidenten

K i e l
Rathaus

Betr.: Ergänzung des Beirates für Außenwerbung

In den Beirat für Außenwerbung wird als Mitglied gewählt:

Herr Ratsherr Hans S c h ä f e r
Kiel, Burmesterweg 7

Durch Tod ist die Mitgliedschaft von Herrn Walter Leopold erloschen. Daher ist eine Ersatzwahl erforderlich.

Dr. Kiekebusch
Fraktionsvorsitzender

Der Magistrat

Bauausschuß
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 2. Februar 1965

Drucksache 55

Betr.: Straßenbenennungen

B.E.: Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold

- Antrag:
- a) Die Stichstraße östlich der Straße Steenberg im Stadtteil Kiel-Pries erhält die Bezeichnung
Andersenweg.
 - b) Der Fußweg zu den Grünanlagen und Sportplätzen südöstlich der Einmündung der Lönstraße in die Fritz-Reuter-Straße im Stadtteil Kiel-Pries erhält die Bezeichnung
Baggesenweg.
 - c) Der neue Straßenzug Pfaffenstraße/Nikolaikirchhof/Burgstraße erhält unter Aufhebung der bisherigen Straßenbezeichnungen die Bezeichnung
Otto-Eggerstedt-Straße.

Ausgelegt: Lagepläne

Begründung

Zu a) und b):

Die vorgeschlagenen Benennungen sind gewählt worden, weil sie sich in die bestehenden Bezeichnungen von öffentlichen Verkehrsflächen in diesem Gebiet nach Schriftstellern und Dichtern gut einfügen würden.

Hans Christian Andersen, dänischer Dichter,
geb. 1805
gest. 1875

Er eroberte sich die ganze Welt mit seinen Märchen, die vielfach illustriert und in 35 Sprachen übersetzt sind.

Jens Baggesen, deutsch-dänischer Schriftsteller

geb. 1764
gest. 1826

B. war Professor an der Kieler Universität. Er hat auf dem St. Jürgens-Friedhof seine letzte Ruhe gefunden. 1955 wurde er nach Aufhebung des St.-Jürgens-Friedhofes nach dem Eichhof umgebettet.

Der Bauausschuß hat den zu a) und b) gestellten Anträgen am 14.1.65 einstimmig zugestimmt.

Zu c):

Die Opfer des Nazi-Regimes, die eine Verbindung zu Kiel hatten, verdienen eine besondere Ehrung. Bei der Würdigung der Persönlichkeit von Otto Eggerstedt ist zu berücksichtigen, daß dieser auch mit dem verstorbenen Oberbürgermeister Andreas Gayk in engem politischen und persönlichen Kontakt gestanden hat. Durch die räumliche Nähe der Andreas-Gayk-Straße zu dem neuen Straßenzug Pfaffenstraße/Nikolaikirchhof/Burgstraße würde eine sinnvolle Verbindung mit der Benennung des neuen Straßenzuges nach Otto Eggerstedt entstehen.

Otto Eggerstedt gehörte zu den am meisten gehaßten Gegnern des Nazi-Regimes. Zusammen mit Willi Verdieck, der bereits durch eine Straßenbenennung in Kiel geehrt worden ist, und anderen Angehörigen der SPD hielt er die Organisation der SPD in Schleswig-Holstein durch persönliche Besuche aufrecht. Er wurde im Sommer 1933 verhaftet und in das Konzentrationslager Esterwegen gebracht. Dort wurde er schwer mißhandelt und mußte große Erniedrigungen erdulden. Nachdem ein erster Mordanschlag auf ihn mißglückt war, wurde er am 12.10.1933 hinterrücks erschossen.

Otto Eggerstedt wurde am 27.8.1886 in Kiel geboren. Seit seiner Jugendzeit betätigte er sich in den Gewerkschaften und in der SPD. Nach Rückkehr aus dem 1. Weltkrieg, an dem er von 1914 - 1918 teilnahm, war er von 1919 - 1927 Parteivorsitzender und Parteisekretär der SPD für den Stadtkreis Kiel. Während dieser Zeit gehörte er von März 1919 bis April 1924 der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kiel an. Von 1921 - 1933 war Otto Eggerstedt Mitglied des Deutschen Reichstages.

1927 übernahm er als Regierungsrat die Leitung des Polizeiamtes Wandsbek. Von 1929 bis zu seiner vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand aus politischen Gründen am 21.7.1932 war er Polizeipräsident von Altona-Wandsbek.

Durch eine Benennung des neuen Straßenzuges Pfaffenstraße/Nikolaikirchhof/Burgstraße nach Otto Eggerstedt und die damit verbundenen Umbenennungen von Straßen ergeben sich für die Anlieger keine Schwierigkeiten. Nur in einem Falle würde eine postalische Änderung eintreten.

Der Bauausschuß hat dem Antrage am 14.1.65 mit 5:3 Stimmen zugestimmt.

Nachdem vor der Abstimmung über den Antrag im Bauausschuß die Auffassung der CDU-Ratsherren-Fraktion bekannt gegeben worden war, daß sie keine Bedenken dagegen habe, eine Straße in Kiel nach Otto Eggerstedt zu benennen, sondern sich nur dagegen wende, daß für diese Ehrung eine Straße im alten Stadtkern ausgewählt werden solle, betonten die der CDU-Fraktion angehörenden Mitglieder des Bauausschusses nach der Abstimmung nochmals ausdrücklich, daß ihre Gegenstimmen nur in diesem Sinne zu verstehen seien.

Dr. Müller-Ibold
Stadtbaurat

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

Allgemeiner
Kieler Kommunalverein
von 1945 e.V.

Kiel, den 17. Februar 1965
Wall 42-46

Herrn
Stadtpräsidenten Köster

K i e l
Rathaus

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident!

Der Allg. Kieler Kommunalverein sieht es als eine seiner Aufgaben an, der Ratsversammlung ebenso wie der Verwaltung Meinungen und Stimmungen der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen.

Nicht nur aus Anlaß vieler solcher uns zugegangener Stimmen, sondern auch auf Grund einer Vorstandsberatung möchten wir Sie bitten, der Ratsversammlung unsere Bedenken gegen die Benennung des neuen Straßenzuges Pfaffenstraße/ Nicolaikirchhof/Burgstraße nach Otto Eggerstedt zu übermitteln. Diese Bedenken richten sich selbstverständlich nicht gegen die Person des zu Ehrenden, sondern gegen die Beseitigung von drei historischen und traditionsreichen Straßennamen im ältesten Teil unserer Stadt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Scheer

Dr. Sievers

6
Zu Punkt der Tagesordnung

Lichthaus am Schloß
Schumann & Ehlers

Kiel, den 17. Februar 1965
Burgstr. 4

Herrn
Stadtpräsidenten Hermann Köster
K i e l, Rathaus

Betr.: Umbenennung der Burgstraße

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident!

In den Kieler Nachrichten vom 17.2.1965 ist ein Artikel enthalten, der die Umbenennung der Burgstraße in Otto-Eggerstedt-Straße vorsehen soll.

Seit 1919 wohne ich im Hause Burgstraße 4, und mir gehört das Haus und das Geschäft Schumann & Ehlers, Lichthaus am Schloß. Das Grundstück Schloßstraße 25, Eckgrundstück Burgstraße/Schloßstraße gehört mir ebenfalls und soll von mir bebaut werden.

Im Jahre 1964 feierten wir das 75-jährige Geschäftsjubiläum. Das Geschäft besteht 103 Jahre. 29 Jahre unter dem Namen Detlef. Ich nehme an, schon durch diese Feststellung, an der Umbenennung ein Wort darüber abgeben zu müssen.

Ich selbst besitze alle Bände der Kieler Stadtgeschichte und soweit ich zurückblättere, ist die Burgstraße mit Kiel verbunden. Sie ist im Stadtgebiet eine der ältesten Straßen und ist mit dem Kieler Schloß geradezu verbunden, oder will man das Schloß auch umbenennen?

Nach Befragung der alten Kieler Geschäftsleute der Dänischen Straße und Markt sind alle entrüstet und gegen diese Umbenennung. Politik läßt sich nicht aufhalten und in der Ostzone, aus der meine Frau stammt und wo ich studiert habe und heute noch verwandtschaftlichen Kontakt habe, sind viele Straßennamen gegen Namen von Parteimitgliedern umbenannt. Ob wir uns dies als Vorbild machen sollten, möchte ich anzweifeln.

Es gibt immer wieder neue Straßen im erweiterten Stadtgebiet, wo es angebracht wäre, ehrenvolle Männer aus der Politik und Wissenschaft zu ehren.

Ganz abgesehen von diesen Erwägungen, würde es für mich einen nicht unerheblichen Schaden für mein Geschäft geben. Die Umbenennung aller Geschäftspapiere - Briefbogen, Rechnungen, Karten, Aufmaßbücher, Formblätter, Bankverbindungen, Postscheck, Handelsregister, Telefon, Adreßbücher, Baubücher usw., die die Bezeichnung Burgstraße enthalten, zu ändern überschläglich einen Wert von 5.000 DM haben, den ich natürlich nicht gewillt bin, zu tragen.

Das Geschäft Schumann & Ehlers, Lichthaus am Schloß, ist mit der Burgstraße verbunden.

Ich bin gegen eine Umbenennung und möchte Sie bitten, meinen Standpunkt zu vertreten.

Mit freundlichem Gruß
gez. Ehlers

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

T e l e g r a m m

Kiel, 17.2.1965

Herrn Stadtpräsidenten, Rathaus

Als alter Kieler kann ich es nicht verstehen, daß Straßen in der Altstadt umbenannt werden sollen. Das ist bisher glücklicherweise noch nicht geschehen. Fremde sprechen von Kiel als eine Stadt ohne Tradition. Sollte man nicht alles erhalten, was auf Kiels Tradition hinweist? Findet sich nicht eine andere Straße von Bedeutung, die Otto-Eggerstedt-Straße benannt werden könnte?

August Nebendahl in Firma H.A.Nebendahl

T e l e g r a m m

Kiel, 18.2.1965

Stadtpräsident Köster, Rathaus

Bin empört über Nichtachtung der geschichtlichen Vergangenheit Kiels durch Straßennamenänderung.

Gabriele Eltze Ahlmann

T e l e g r a m m

Kiel, 18.2.1965

Herrn Stadtpräsidenten, Rathaus

Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte bittet dringend, historische Straßennamen im Altstadtviertel nicht zu ändern.

Dr. Jeschke

Der Magistrat

Bauausschuß
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 22. Januar 1965

Drucksache 53

Betr.: Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolfstraße/
Jungmannstraße/Langer Segen/Breiter Weg/Annenstraße

B.E.: Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold

Antrag: Der Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolf-
straße/Jungmannstraße/Langer Segen/Breiter Weg/Annen-
straße gem. dem Lageplan des Stadtplanungsamtes - Ver-
messungsabteilung - vom 25. August 1964 wird zugestimmt.

Ausgelegt: Lageplan

Begründung

Nach den Ausweisungen des insoweit rechtsverbindlichen Bebauungs-
planes Nr. 57 für das Baugebiet Schauenburgerstraße/Marinegang/
Feldstraße/Langer Segen/Breiter Weg/Koldingstraße/Gerhardstraße
sollen die in dem ausgelegten Lageplan des Stadtplanungsamtes
- Vermessungsabteilung - vom 25. August 1964 gekennzeichneten
Straßenflächen im Bereich Adolfstraße/Jungmannstraße/Langer
Segen/Breiter Weg/Annenstraße eingezogen und für die Anlage
von Sport- und Grünanlagen an der Kieler Gelehrtenschule und der
Volksschule an der Gerhardstraße in Anspruch genommen werden.
Die beteiligten Stellen haben gegen die beabsichtigte Einziehung
der o.a. Straßenflächen keine Bedenken erhoben.

Dem Liegenschaftsamt wird aufgegeben werden, bei Abschluß des
Vertrages über den beabsichtigten Geländeaustausch in diesem
Bereich mit dem Land Schleswig-Holstein sicherzustellen, daß die
Nutzungsrechte der Deutschen Bundespost und der Stadtwerke Kiel
in bezug auf Fernmeldeanlagen bzw. Versorgungsleitungen gewahrt
bleiben.

Der Bauausschuß hat dem Antrage in seiner Sitzung am 14.1.1965
einstimmig zugestimmt.

Dr. Müller-Ibold
Stadtbaurat

Zu Punkt 8 der Tagesordnung

Der Magistrat

Bauausschuß
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 22. Januar 1965

Drucksache 72

Betr.: 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403

B.E.: Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold

Antrag: Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 für das Baugebiet Neue Trasse Mettenhofer Weg/Verlängerung Brandsbeker Weg/westliche Grenze der Kleinsiedlung Mettenhof und des Flurstücks 80/12 - des Russeer Gehölzes/Stadtgrenze entsprechend dem in der Sitzung aushängenden Plan wird als Satzung beschlossen. Der Begründung dazu wird zugestimmt.

Begründung

Der Inhalt der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 ergibt sich aus dem aushängenden Plan und der dieser Vorlage anliegenden Begründung dazu.

Der Bauausschuß hat dem Antrage in seiner Sitzung am 14.1.65 einstimmig zugestimmt.

Dr. Müller-Ibold
Stadtbaurat

Kiel, den 4. Jan. 1965

B e g r ü n d u n g

zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 403 für das Baugebiet Neue Trasse Mettenhofer Weg --
Verlängerung Brandsbeker Weg -- westliche Grenze der
Kleinsiedlung Mettenhof -- des Flurstücks 80/12 und des
Russeer Gehölzes -- Stadtgrenze.

Der Herr Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene des
Landes Schleswig-Holstein hat mit Erlaß vom 14. Dez. 1964
den Bebauungsplan Nr. 403 mit der Auflage genehmigt, daß

1. die Zeichenerklärung zur Planzeichnung in bezug auf das
im Plan festgesetzte WA-Gebiet (allgemeines Wohngebiet)
ergänzt wird,
2. die in der Planzeichnung festgesetzten Stellplätze,
Garagen und Parkplätze durch die erforderliche Signatur
gekennzeichnet werden,
3. für das ausgewiesene WS-Gebiet (Kleinsiedlungsgebiet)
die überbaubaren Grundstücksflächen festgesetzt werden.

Diese Auflage wird durch die 1. vereinfachte Änderung erfüllt.

I. V. :

Dr. Müller-Ibold
Stadtbaurat

Krankenhausausschuß
Städtisches Krankenhaus

Kiel, den 8. Februar 1965

Drucksache 78

Betrifft: Krankenhausentgelte; hier: 2. Nachtrag zur
Entgeltordnung für das Städtische Krankenhaus.

Berichterstatter: Stadtrat Schubert

Antrag: / Der beiliegende 2. Nachtrag zur Entgeltordnung
für das Städtische Krankenhaus vom 16.3.1964
in der Fassung des 1. Nachtrages vom 16.11.1964
wird beschlossen.

Anlage: 2. Nachtrag zur Entgeltordnung.

B e g r ü n d u n g:

Die Krankenhäuser sind erneut mit weiteren Personalkostensteigerungen belastet worden. So wurden mit Wirkung vom 1.1.1965 Vergütungen und Löhne der Angestellten und Arbeiter ganz allgemein um 6 % erhöht. Außerdem ist allen Bediensteten (und zwar bereits für 1964) ein Weihnachtsgeld in Höhe von 1/3 der Monatsbezüge gewährt worden. Dieses Weihnachtsgeld wurde in Anwendung des Mustergestellungsvertrages auch für die vom DRK gestellten Anscharschwestern gezahlt.

In Anbetracht der neuen Personalkosten hat die Krankenhausgesellschaft mit den Landesverbänden der Sozialversicherungsträger Pflegesatzverhandlungen geführt. Die beiden Partner sind zu einer Einigung gekommen. Danach sind für die Krankenhäuser unserer Gruppe (-A 8-) mit Wirkung vom 1.2.1965 Erhöhungen von 5 % zugestanden worden. Dem Minister für Wirtschaft und Verkehr sind die gemeinsamen Vorschläge bereits unterbreitet worden. Er hat mit der am 15. Januar 1965 veröffentlichten 10. Änderungsverordnung die Genehmigung zur Erhebung dieser Pflegesätze erteilt.

Die

Die in Vorschlag gebrachten Pflegesätzerhöhungen sind einheitlich auf der Basis von 5 % des RVO-Satzes berechnet worden.

(Erwachsenen- und Kindersatz in den Stationen der 3. Klasse = 28,25 DM, davon 5 % = 1.40 DM.)

Eine an sich mögliche weitere Anhebung der Pflegesätze für die Selbstzahler -wie bisher: 115 %- und für die Patienten der Privatstationen -wie bisher: 150 %- kann nicht in Vorschlag gebracht werden, da

- 1) die Universität den Pflegesatz für die Privatpatienten der 2. Klasse einheitlich für alle Kliniken auf 44.15 DM festzusetzen gedenkt und der entsprechende Satz beim Städtischen Krankenhaus nicht darüber hinausgehen sollte.
- 2) für diese Patientengruppen wesentlich höhere Nebenkosten zur Berechnung gelangen als bei den RVO-Patienten.

Durch die vorgeschlagene Pflegesätzerhöhung mit Wirkung vom 1.2.1965 sind voraussichtlich etwa 225.000 DM (für 11 Monate) an Mehreinnahmen zu erwarten. Die tatsächlichen Personalkostensteigerungen werden für das ganze Rechnungsjahr (12 Monate) auf rd. 300.000 DM geschätzt.

Die Berichtigung der Haushaltsansätze wird im Rahmen des Nachtragshaushalts vorgenommen werden.

Bei der Genehmigung der Entgeltsordnung vom 16.3.1964 sind durch die Ratsversammlung im § 9, Buchstabe b, die Worte "mit Zustimmung des Krankenhausausschusses" eingefügt worden. In der Zwischenzeit hat sich erwiesen, daß es doch sehr zweckmäßig ist, wenn diese Worte fehlen und der Dezernent für das Krankenhauswesen wieder berechtigt ist, in besonderen Fällen sofort mit einzelnen Kostenträgern für bestimmte Leistungen vertragliche Vereinbarungen zu schließen.

Der Krankenhausausschuß hat den Antrag auf Erhöhung der Pflegesätze (Ziffer 1 des 2. Nachtrages) einstimmig angenommen.

Über die Änderung des § 9 der Entgeltsordnung für das Städt. Krankenhaus (Ziffer 2 des 2. Nachtrages) ist ein Beschluß im Krankenhausausschuß nicht gefaßt worden. Die Entscheidung hierüber soll im Magistrat bzw. in der Ratsversammlung getroffen werden.

S c h u b e r t

Stadtrat

2. Nachtrag zur Entgeltsordnung für das
Städtische Krankenhaus

Aufgrund des § 28, Buchstabe h, der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein vom 24.1.1950 (GVOBl. Schl.H. S.25) und der Verordnung über Pflegesätze von Krankenanstalten vom 10.12.1956 (GVOBl. Schl.H. S. 201) in der Fassung der 10. Änderungsverordnung vom 15. Januar 1965 (GVOBl. Schl.H.S3) hat die Ratsversammlung die Entgeltsordnung für das Städt.Krankenhaus vom 16.März 1964 wie folgt geändert:

1.) § 2 erhält folgende Fassung:

" § 2

Im Rahmen der Verordnung über Pflegesätze von Krankenanstalten in der Fassung der 10. Änderungsverordnung vom 15. Januar 1965 gelten folgende Pflegesätze:

Tarif-Nr.	B e z e i c h n u n g	Kostenträger	Selbst-	Patienten der
		(§ 1, Abs. 3a)	zahler	Privatstation
		a	b	c
Pflegesätze je Tag				
		DM	DM	DM
1 2	<u>Erwachsene u. Kinder</u>			
	in der Tbc-Station in anderen Stationen	30,40 29,65	34,65 33,90	- 43,80
3	<u>Gesunde Begleitper- sonen</u>	18,40	20,90	26,90
4	<u>Zuschlag für Einbett- zimmer</u>	-	-	7,--

2.) Im § 9 Buchstabe b, werden die Worte:

"mit Zustimmung des Krankenhausausschusses"

gestrichen.

Der 2. Nachtrag zur Entgeltsordnung für das Städt. Krankenhaus tritt am 1. Februar 1965 in Kraft.

Kiel, den

1965

Oberbürgermeister

Stadtrat

Zu Punkt 10 der Tagesordnung

Schulausschuß
Schul- und Kulturamt

Kiel, den 12. Februar 1965

Drucksache 79

Betr.: Veränderung von Schulbezirken

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: In Abänderung des Beschlusses der Ratsversammlung vom 19.3.1964 wird die Fichteschule bereits zu Ostern 1965 aufgehoben.

Begründung

Die Ratsversammlung hat in der Sitzung vom 19.3.1964 folgenden Beschluß gefaßt:

"Die Fichteschule wird zu dem auf die Fertigstellung des Neubaues der Theodor-Heuss-Schule in Hassee folgenden Schuljahrschluß aufgehoben mit der Maßgabe, daß erstmalig Ostern 1964 Schulanfänger nicht mehr aufgenommen, sondern den benachbarten Schulen zugeteilt werden."

Der Kultusminister hat am 9.4.1964 die Aufhebung der Fichteschule entsprechend dem Beschluß der Ratsversammlung genehmigt. Da die Theodor-Heuss-Schule im Laufe des Schuljahres 1965/66 fertiggestellt sein wird, besteht Einmütigkeit mit der Schulleitung und den Elternvertretern darüber, daß es aus schulischen Gründen zweckmäßig ist, die Fichteschule bereits zu Ostern 1965 aufzulösen.

Bei der Aufhebung zu diesem Zeitpunkt sollen die künftigen 4. Klassen und die 9. Klasse mit dem jeweiligen Klassenlehrer auf die Jahnschule übergehen. Die übrigen Schüler sollen entsprechend einer Neueinteilung der Schulbezirke den in Betracht kommenden Schulen zugeteilt werden, wobei die Kinder der Wohngemeinschaften möglichst gemeinsam in die neue Klassengemeinschaft überführt werden sollen.

Ostern 1964 sind bereits erstmalig keine Schulanfänger in die Fichteschule aufgenommen worden. Ostern 1965 werden weder ein 1. und 2. noch ein 8. Schuljahr vorhanden sein. Die Schule wird dann nur noch aus einem Rest von 9 Schulklassen bestehen.

Da die Schulpflegschaft für die Volksschulen zu dem Antrag erst in ihrer Sitzung am 11.2.65 gehört werden konnte, hat der Schulausschuß der Vorlage in seiner Sitzung am 28.1.1965 einstimmig zugestimmt mit der Maßgabe, daß vor der Beschlußfassung im Magistrat und in der Ratsversammlung die Schulpflegschaft sich zustimmend äußert. Das ist gestern geschehen.

Dr. Hoffmann

Kiel, den 29. 1. 1965

Drucksache 77

Betr.: Mitgliedschaft im Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V.",
Hamburg

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Kasch

Antrag: Zugestimmt wird der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 50,-- DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 360/645 - H 12 - Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V." -. Der Betrag wird gedeckt durch Sperrung eines gleich hohen Betrages bei der Haushaltsstelle 360/717 - Denkmäler, Plastiken, Wahrzeichen und Brunnen -.

Begründung

Der Ausschuß für Bücherei und Museen hat am 16.1. d.J. einstimmig beschlossen, daß die Stadt Kiel vorbehaltlich der Zustimmung der Ratsversammlung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe Mitglied im Verein der "Freunde des Altonaer Museums e.V.", Hamburg, wird. Die Mitglieder des Ausschusses konnten sich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß durch den Beitritt eine ideelle wie auch materielle Hilfe für das Kieler Museumsprojekt vom Altonaer Museum erwartet werden dürfe. Bekanntlich gehörte das Museum vor 1937 zur Provinz Schleswig-Holstein; es sollte durchaus möglich sein, im Laufe der Zeit einzelne Stücke, die speziell auf Kiel zugeschnitten sind, auch für unsere Sammlungen zu gewinnen.

Zudem schließt die Mitgliedschaft die Lieferung des Jahrbuches ein, das von uns zur Zeit käuflich erworben werden muß, weil immer wieder Kiel betreffende Fragen in ihm behandelt werden. Dieses Jahrbuch kostet 24,-- DM, so daß im Endeffekt der Beitritt für die Stadt eine finanzielle Leistung von 26,-- DM ausmacht. Darüber hinaus ist der Direktor des Museums, Herr Professor Dr. Wietek, als Gutachter für uns tätig geworden. Er hat uns zugesagt, uns auch in Zukunft zu beraten. Weiter hat er zugesichert, daß er und seine zahlreichen Mitarbeiter bei ihren ausgedehnten Ankaufsreisen auf für Kiel wichtige Sammlungsstücke achten und uns umgehend verständigen werden. Auf diese Weise sind wir z.B. in den Besitz der Nachricht über die wertvolle Kieler Fayence "Potpourri-Vase" gekommen.

Angesichts der zahlreichen Beziehungen erscheint der Erwerb der Mitgliedschaft im Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V." nicht als ein Präjudiz für weitere Mitgliedschaften der Stadt Kiel, da schwerlich an einen Fall ähnlicher Verflechtung gedacht werden kann.

Dr. K a s c h

Zu Punkt 12 der Tagesordnung

Jugendwohlfahrtsausschuss
- Jugendamt -

Kiel, den 3. 2. 1965

Drucksache 86

Betrifft: Jugendhilfe in Heimen

Berichterstatter: Stadtrat Engert

Antrag: Zugestimmt wird der Leistung einer überplanmässigen Ausgabe von 29.000 DM bei der Haushaltsstelle 452/56 (1964) - Hilfen in Anstalten und Heimen -. Gleichzeitig wird der von der Ratsversammlung am 22. 10. 1964 für diese Haushaltsstelle beschlossene Sperrvermerk über 4.000 DM aufgehoben.

Der dadurch entstehende Mehrbedarf von 33.000 DM wird durch gleich hohe Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 452/077 - Von anderen örtlichen Trägern - gedeckt.

Begründung:

Der Ansatz für Hilfen in Anstalten und Heimen ist aus verschiedenen Gründen schlecht zu schätzen. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und des Nachtragshaushaltsplanes ist die Entwicklung der Pflegesätze nicht voll zu übersehen. Weiter sind in dem Ansatz die Kosten für ärztliche Behandlungen, Medikamente, Bekleidung und Schuhzeug enthalten. Diese Ausgaben entziehen sich jeder vorausschauenden Beurteilung. Der Ansatz von rd. 1,5 Millionen DM wurde um rd. 32.000 DM überschritten. Diese Summe kann aber durch Mehreinnahmen ausgeglichen werden.

Der Jugendwohlfahrtsausschuss hat der Vorlage am 4. 2. 1965 einstimmig zugestimmt.

Engert
Stadtrat

Zu Punkt der Tagesordnung

Jugendwohlfahrtsausschuss
- Jugendamt -

Kiel, den 8. 2. 1965

Drucksache 37

Betrifft: Name für das Heim der "Offenen Tür" an der Friedhofstrasse.

Berichterstatter: Stadtrat Engert

Antrag: Das Heim der "Offenen Tür" bei den Unterküften an der Friedhofstrasse erhält den Namen "Schwedenheim".

Begründung:

Die schwedische Hilfsorganisation "Rädda Barnen" schenkte der Stadt Kiel im Jahre 1946 das Kindertagesheim am Wehdenweg, das den Namen Schwedenheim erhielt. Das Haus wurde vollkommen ausgestattet zur Verfügung gestellt und war 100 Kindern, insbesondere aus dem Lager Wehdenweg, 15 Jahre hindurch eine schöne Heimstatt. Da an der Stelle, an der das Heim steht, das sügliche Widerlager der neuen Schwentinebrücke errichtet wird, musste das Schwedenheim im November 1964 geräumt werden. Es war ausschliesslich für eine stationäre Verwendung bestimmt. Die Kosten für einen Wiederaufbau wären deswegen höher als der Wert des Gebäudes gewesen. Es blieb daher nur übrig, das Gebäude abzureissen. Das geschieht zur Zeit.

Der Räumungstermin wurde durch die Umplanung des Brückenbaues erheblich vorverlegt. Der an sich vorgesehene Ersatzbau im Baugelbiet östlich des Langen Rehm steht daher noch nicht zur Verfügung. Da das Gelände dort erst erschlossen werden muss, ist auch, falls die Mittel in dem Haushaltsplan für 1966 eingesetzt werden, mit einer Fertigstellung nicht vor 1967 zu rechnen. Zur Zeit werden die Kinder des früheren Schwedenheimes mit einem Bus in das Kindertagesheim Elmschenhagen-Nord gefahren.

Etwa gleichzeitig mit der Räumung des Schwedenheimes wurde das Heim der "Offenen Tür" bei den Unterküften an der Friedhofstrasse fertiggestellt. Die in diesem Heim betriebenen Betreuungsmaßnahmen erfüllen in einem ganz besonderen Maße die Forderungen, welche die Schenkungsurkunde für das Schwedenheim enthält. In ihr heisst es unter anderem: "Es ist ein Wunsch der Spender, dass die Tagesheimstätte so wie jetzt auch in Zukunft zum Wohle bedürftiger Kinder zu dienen hat." Um dem Willen der Stadt Kiel Ausdruck zu verleihen, die im Schwedenheim am Wehdenweg begonnene Betreuungsarbeit an anderer Stelle im Sinne der Schenkungsurkunde fortzusetzen, wird vorgeschlagen, das Heim an der Friedhofstrasse "Schwedenheim" zu nennen, obgleich es nicht der Ersatz für das aufgegebene Heim ist. Diese Namensgebung würde die sicher nicht erfreuliche Nachricht von dem Verlust des Schwedenheimes am Wehdenweg in einem freundlicheren Licht erscheinen lassen.

Der Jugendwohlfahrtsausschuss hat der Vorlage am 4. 2. 1965 einstimmig zugestimmt.

Engert
Stadtrat

Zu Punkt 14 der Tagesordnung

CDU-Ratsherren-Fraktion

Kiel, den 9. Februar 1965

Drucksache 88

An den
Herrn Stadtpräsidenten
K i e l
Rathaus

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident!

Die CDU-Ratsherren-Fraktion stellt zur nächsten Ratsversammlung nachstehenden Antrag:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Der Durchführung der Informationsschau "Nordboot" aus Anlaß der Kieler Woche 1965 wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß es sich in erster Linie um eine Ausstellung von Segel- und Motorbooten handelt.

Begründung:

Der Werbeberater Kurt Hermanns aus Hamburg beabsichtigt, zur Kieler Woche die erste nordeuropäische Bootsausstellung in Kiel durchzuführen.

Das Tiefbauamt der Stadt Kiel hat dem Aussteller, der durch mehrere Ostseehallen-Ausstellungen, insbesondere "bürofa 1963" und "Campina 64", bekannt ist, das Ausstellungsgelände an der Reventloubrücke für die beabsichtigte Ausstellung zugesagt.

Die Bundeswehr hat sich bereit erklärt, einen Ponton für Anliegemöglichkeiten an der Reventloubrücke zu schaffen, damit auch Probefahrten durchgeführt werden können.

Durch diese Bootsausstellung würde insbesondere eine Bereicherung der Kieler Woche für die Bürger unserer Stadt, aber auch für die Besucher erzielt werden.

Mit freundlichem Gruß
gez. Dr. Kiekebusch
Fraktionsvorsitzender

Zu Punkt 15 der Tagesordnung

SPD-Ratsherrenfraktion

Kiel, den 12. Februar 1965

Drucksache 89

An den
Herrn Stadtpräsidenten

h i e r

Betr.: Verkehrsprobleme am Berliner Platz

Berichterstatter: Stadtrat Gustav Schatz

Antrag: Das Bauamt wird beauftragt, unverzüglich die bereits laufenden Untersuchungen zum Abschluß zu bringen, wie der Verkehrsablauf am Berliner Platz unter Berücksichtigung der Belange aller Verkehrsteilnehmer zügiger und fließender gestaltet werden kann. Insbesondere sollte unter Beifügung von Kostenanschlägen exakt dargelegt werden, ob und wie durch eine Untertunnelung oder Überbrückung im Zuge der Holstenstraße sowie der Andreas-Gayk-Straße auf der Höhe des Kaufhauses Brenninkmeyer der Fußgängerstrom aus dem wesentlichen Straßenverkehr am Berliner Platz herausgenommen werden kann. Die Untersuchungen sind so abzuschließen, daß die Ratsversammlung in ihrer September-Sitzung über das Ergebnis beraten und beschließen kann.

Begründung:

Der Straßenverkehr am Berliner Platz hat eine Dichte erreicht, die zu der berechtigten Sorge Anlaß gibt, daß in absehbarer Zeit an dieser Stelle ein Verkehrschaos entsteht, wenn Straßenbahn, Omnibusse, Last- und Lieferwagen, Pkw's und Fußgänger auch weiterhin auf gleicher horizontaler Ebene die Straßenübergänge passieren. Die Befürchtungen werden noch erhöht durch die Tatsache, daß eine Buslinie (bisher Straßenbahnlinie 3) - vielleicht bald auch weitere - in beiden Richtungen in der Holstenbrücke zusätzlich eine Haltestelle erhalten müssen.

Es erscheint der SPD-Ratsherrenfraktion unumgänglich zu sein, rechtzeitig eine Auflockerung des Straßenverkehrs an dieser Stelle herbeizuführen. Dieses kann ihres Erachtens nur durch eine Ableitung der Fußgängerströme an den zwei genannten wesentlichen Straßenübergängen geschehen. Durch den dann möglichen Fortfall der Ampeln am Übergang im Zuge der Holstenstraße kann der gesamte Fahrverkehr am Berliner Platz zügiger und flüssiger gestaltet werden. Außerdem wird die Sicherheit der Fußgänger im Verkehr wesentlich erhöht.

S c h a t z
Fraktionsvorsitzender

Stadtreinigungsausschuß
Stadtreinigungs- und Fuhramt

Kiel, den 15. Februar 1965

Dringlichkeitsvorlage

Drucksache 106

Betr.: Entgeltsordnung für die Benutzung der städtischen Müllplätze

Berichterstatter: Stadtrat Westphal

Antrag: Der beigefügten Entgeltsordnung für die Benutzung der städtischen Müllplätze wird zugestimmt.

Begründung:

Die mit der Einrichtung und Unterhaltung des neuen Müllplatzes an der Rendsburger Landstraße verbundenen Auflagen, die Bestandteil der vom Landesamt für Wasserwirtschaft Schleswig-Holstein erteilten Schüttgenehmigung sind, verursachen erhebliche Kosten. Diese Kosten sind von den Benutzern der Müllkippe zu ersetzen; sie übersteigen die bisher für Müllablagerung entstandenen Kosten beträchtlich, zumal heute auch vom Gesetzgeber erheblich höhere Anforderungen an die Müllablagerung gestellt werden.

Nach den im Zusammenhang mit der neu festgesetzten Müllgebühr angestellten Berechnungen werden die Ablagerungskosten für die städtischen Müllplätze unter den gegenwärtigen Umständen

2,-- DM je to Müll

betragen.

Danach müssen die Sätze der Entgeltsordnung vom 19. September 1957 geändert werden.

Da die Umstellung der Müllschüttung zum 1. März 1965 vollendet werden soll, ist Eilbedürftigkeit geboten. Mit Probeschüttungen beginnt die städtische Müllabfuhr ab 15. Februar 1965.

Der Stadtreinigungsausschuß hat der Vorlage im Umlaufverfahren einstimmig zugestimmt.

Westphal
Stadtrat

Entgeltordnung für die Benutzung
der städtischen Müllplätze
Vom

Aufgrund der §§ 27 und 28 Buchstabe h der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GVOBl Schl.-H. S. 25) hat die Ratsversammlung folgende Entgeltordnung beschlossen:

§ 1

Bemessung der Entgelte

- (1) Für die Benutzung der städtischen Müllplätze werden folgende Entgelte erhoben:
- a) für Traglasten und Ladungen von Handkarren bei Schüttungen außerhalb des Stadtgebietes 1,-- DM
 - b) für Ladungen von Kraftfahrzeugen bis zu 1 t Nutzlast und für Pferdefuhrwerke 2,-- DM
 - c) für Ladungen von Kraftfahrzeugen einschl. Müllwagen über 1 t Nutzlast je angefangene Tonne Nutzlast 2,-- DM
- (2) Die Nutzlast ist durch Vorlage des Kraftfahrzeugscheins nachzuweisen.

§ 2

Ermäßigung der Gebühr
zur Abdeckung des Mülls

Für Bodenaushub kann auf Antrag das Entgelt auf 2,-- DM je Kraftfahrzeug oder Hänger ermäßigt werden.

§ 3

Benutzung außerhalb der Öffnungszeiten

Wird der Abladeplatz in zugelassenen Ausnahmefällen außerhalb der Öffnungszeiten benutzt, sind neben den Entgelten nach § 1 oder § 2 die der Stadt Kiel zusätzlich entstehenden Personalkosten zu erstatten.

§ 4

Entrichtung des Entgelts

- (1) Bei ständiger Benutzung der Müllkippe werden die Entladungen monatlich bargeldlos abgerechnet. Der Abladende hat jede Entladung zu bescheinigen.
- (2) Im übrigen ist das nach den §§ 1 und 2 festzusetzende Entgelt vor jeder Schüttung an Ort und Stelle gegen entsprechende Quittung zu entrichten.

§ 5

Inkrafttreten

Die Entgeltsordnung tritt am 1. des auf die Bekanntmachung folgenden Monats in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entgeltsordnung für die Benutzung der städtischen Müllplätze vom 19. September 1957 außer Kraft.

Kiel, den

S t a d t K i e l
Der Magistrat

Oberbürgermeister Stadtrat

Anwesenheitsliste

Sitzung der Ratsversammlung am .. 18. Febr. 1965

Lfd. Nr.	N a m e	Unterschrift
1.	Ratsherrin Bendfeldt	<i>[Signature]</i>
2.	Ratsherr Beth	<i>[Signature]</i>
3.	Ratsherr Böhm	<i>Böhm (ab 15⁴⁵)</i>
4.	Ratsherr Book	<i>[Signature]</i>
5.	Ratsherr Engel	<i>[Signature]</i>
6.	Ratsherr Ewers	<i>[Signature]</i>
7.	Ratsherrin Franke	<i>[Signature]</i>
8.	Ratsherrin Hansen	<i>[Signature]</i>
9.	Ratsherr Hansen	<i>[Signature]</i>
10.	Ratsherrin Hansmann	<i>entschuldigt</i>
11.	Ratsherr Hildebrand	<i>[Signature]</i>
12.	Stadträtin Hinz	<i>[Signature]</i>
13.	Ratsherr Hochheim	<i>[Signature]</i>
14.	Ratsherr Jenne ✓	<i>entschuldigt</i>
15.	Stadträtin Jensen	<i>[Signature]</i>
16.	Ratsherr Jeske ✓	<i>entschuldigt</i>
17.	Stadtrat Dr. Kasch	<i>[Signature]</i>
18.	Stadtrat Dr. Kieckbusch	<i>[Signature]</i>
19.	Ratsherr Klouth	<i>[Signature]</i>
20.	Stadtpräsident Köster	<i>[Signature]</i>
21.	Ratsherr Lüdemann	<i>[Signature]</i>
22.	Ratsherr Lühr	<i>[Signature]</i>
23.	Stadtrat Lütgens	<i>[Signature]</i>
24.	Ratsherr Meyer	<i>[Signature]</i>
25.	Ratsherr Dr. Murmann ✓	<i>entschuldigt</i>

Unentschuldigt bis 15⁴⁵ Böhm

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
26.	Ratsherr Nachtigall <i>Nachtigall</i>
27.	Ratsherr Nentwig <i>Nentwig</i>
28.	Ratsherr ^{Fitzer} Neumann <i>R. Fitzer</i>
29.	Ratsherr Nolte <i>Nolte</i>
30.	Ratsherr Olsson <i>Olsson</i>
31.	Ratsherr Pfaff <i>Pfaff</i>
32.	Stadtrat Renner <i>entschuldigt</i>
33.	Stadtrat Dr. Rüdell ✓ <i>entschuldigt</i>
34.	Ratsherr Schäfer <i>Schäfer</i>
35.	Stadtrat Schatz <i>Schatz</i>
36.	Stadtrat Schröder <i>Schröder</i>
37.	Stadtrat Schubert <i>Schubert</i>
38.	Ratsherr Sichelschmidt <i>Sichelschmidt</i>
39.	Ratsherr Steinert <i>Steinert</i>
40.	Ratsherr Stellmacher <i>Stellmacher</i>
41.	Ratsherr ^{Dr. Portofée} Prof. Dr. Thiede <i>Portofée</i>
42.	Ratsherrin Tübler <i>Tübler</i>
43.	Ratsherrin Vormeyer <i>Vormeyer</i>
44.	Ratsherr Dr. Wagner <i>Wagner</i>
45.	Ratsherrin Wallbaum <i>Wallbaum</i>
46.	Stadtrat Westphal <i>Westphal</i>
47.	Stadtrat Wurbs <i>Wurbs</i>
48.	Ratsherr Wollschlaeger <i>Wollschlaeger</i>
49.	Ratsherr Zimmermann <i>Zimmermann</i>

Anwesenheitsliste

für die Sitzung der Ratsversammlung am

Hauptamtliche Magistratsmitglieder

- Oberbürgermeister Dr. Mühling ✓
- Bürgermeister Titzck ✓
- Stadtrat Borchert ✓
- Stadtrat Engert ✓
- Stadtschulrat Dr. Hoffmann ✓
- Stadtbaurat Dr. Müller-Itold ✓
- Stadtrat Renger ✓
- Stadtrat Voss ✓

Hohe Beamte

- Leitender Magistratsdirektor ^{Dr. Richter} ~~v. Germar~~ ✓
_{Dr. Kepp}
- Städt. Medizinaldirektor Dr. Papenberg ✓
- Städt. Baudirektor Mertens ✓
- Städt. Baudirektor Becker ✓
- Städt. Baudirektor Sauer ✓
- Magistratsdirektor ^{Dr. Schröter} ~~Materne~~ ✓

Kurz Niederschrift
über die Sitzung der Ratsversammlung
am 18. Februar 1965

Beginn: 15.05 Uhr

Ende: 18¹⁵ Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Köster

Schriftführer: Ratsherrin Wallbaum

Anwesend: Stadträte: Frau Hinz, Frau Jensen, Dr. Kasch, Dr. Kieckbusch, Lütgens, ~~Dr. Rüdell~~, Schatz, Schröder, Schubert, Westphal, Renner, Wurbs

Ratsherren: Beth, Frau Bendfeldt, Böhm, Book, Engel, Fitzer Ewers, Frau Franke, Frau Hansen, ~~Frau Hansmann~~, Hildebrand, Hochheim, Jenne, Jeske, Klouth, Lüdemann, Lühr, Meyer, Dr. Murmann, Nachtigall, Nentwig, Nolte, Olsson, Pfaff, Frau Dr. Portofée, Schäfer, Sichel Schmidt, Stellmacher, Steinert, Frau Tübler, Frau Vormeyer, Dr. Wagner, Frau Wallbaum, Wollschlaeger, Zimmermann

Es fehlen
entschuldigt:

Stadträte: Renner und Dr. Rüdell
Ratsherren: Frau Hansmann, Jenne, Jeske,
Dr. Murmann

Es fehlen
unentschuldigt:

Ratsherr Böhm bis 15.40 Uhr

Ausschluß von Ratsherren
wegen Befangenheit:

Anwesende hauptamtliche
Magistratsmitglieder:

Oberbürgermeister Dr. Mithling, Bürger-
meister Titzck, Stadtrat Borchert, Stadtrat
Engert, Stadtschulrat Dr. Hoffmann, Stadt-
baurat Dr. Müller-Ibold, Stadtrat Renger,
Stadtrat Voss

Anwesende
der Verwaltung:

Dr. Kopp, Dr. Richter
~~Leitender~~ Magistratsdirektoren ~~xx Gernax~~,
Städt. Baudirektoren Becker, Mertens u. Sauer,
Mitglieder der Ortsbeiräte Suchsdorf,
Schilksee und Mettenhof

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

Die gestellten Anträge:

3. Drucksache 85

Aus dem Wohnungsausschuß scheidet aus:

Herr Oscar B o r n m a n n

Es wird neu gewählt als bürgerliches Mitglied:

Herr Dr. Werner L o d e m a n n,
Kiel, Sternwartenweg 23

Beschluß:

Nach Antrag

4. Drucksache 52

In die Ausgleichsausschüsse werden auf die Dauer von 4 Jahren gewählt:

a) Ausgleichsausschuß I:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

Herr Paul Z ö l l k a u, Kiel-Holtenau, Waffenschmiede 1

bisher:

Herr Paul Zöllkau, Kiel-Holtenau, Waffenschmiede 1

Stellvertreter:

Herr Hans W a l t h e r, Kiel, Karlstr. 8/10

bisher:

Herr Hans Walther, Kiel, Karlstr. 8/10

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten

Beisitzer:

Frau Gertrud H i r s c h, Kiel, Eichhofstr. 24

bisher:

Frau Gertrud Hirsch, Kiel, Eichhofstr. 24

Stellvertreter:

Frau Wilma B e h n k, Kiel-Ellerbek, Peter-Hansen-Str. 136

bisher:

Frau Wilma Behnk, Kiel-Ellerbek, Peter-Hansen-Str. 136

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge

Beisitzer:

Frau Antje H o c h h e i m, Kiel, Westring 271

bisher:

Frau Antje Hochheim, Kiel, Westring 271

Stellvertreter:

Herr Erich A r n d t, Kiel-Wellingdorf, Unterstr. 1

bisher:

Herr Erich Arndt, Kiel-Wellingdorf, Unterstr. 1

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten und Sowjetzonenflüchtlinge gehört

Beisitzer:

Herr Walter V a g d t, Kiel, Hamburger Chaussee 146

bisher:

Herr Walter Vagdt, Kiel, Hamburger Chaussee 146

Stellvertreter:

Herr Bernhard P e t e r, Kiel-Wellingdorf, Radsredder 12

bisher:

Herr Bernhard Peter, Kiel-Wellingdorf, Radsredder 12

b) Ausgleichsausschuß II:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

Herr Klaus H u p p, Kiel-Hasseldieksdamm, Am Wohld 7

bisher:

Herr Klaus Hupp, Kiel-Hasseldieksdamm, Am Wohld 7

Stellvertreter:

Herr Fritz D o r n, Kiel-Friedrichsort, Gorch-Fockstr.4

bisher:

Frau Agnes Steinmann, Kiel, Jungmannstr. 37

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten

Beisitzer:

Frau Meta Wilimzig, Kiel-Gaarden, Johannesstr. 44

bisher:

Frau Meta Wilimzig, Kiel-Gaarden, Johannesstr. 44

Stellvertreter:

Frau Lena S c h r ö d e r, Ringstraße 33

bisher:

Frau Lena Schröder, Kiel, Ringstr. 33

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge

Beisitzer:

Frau Hildegard F r a n z i u s, Kiel, Ringstr. 90

bisher:

Frau Hildegard Franzius, Kiel, Ringstr. 90

Stellvertreter:

Herr Wolfgang H o c h h e i m, Kiel, Zastrowstr. 30

bisher:

Herr Ratsherr Wolfgang Hochheim, Kiel, Zastrowstr. 30

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten oder Sowjetzonenflüchtlinge gehört

Beisitzer:

Frau Ellen P r i e s, Kiel, Esmarchstr. 66

bisher:

Frau Ellen Pries, Kiel, Esmarchstr. 66

Stellvertreter:

Herr Hans K o s a k, Kiel, Scharnhorststraße 3

bisher:

Herr Carl von Seydlitz, Kiel, Gellertstr. 22 (verstorben)

c) Ausgleichsausschuß III

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

Herr Alfred S t e l l m a c h e r, Elisabethstraße 97

bisher:

Herr Ratsherr Alfred Stellmacher, Kiel, Elisabethstr. 97

Stellvertreter:

Herr Wolf-Dietrich D r e w s, Kiel, Olshausenstr. 24

bisher:

Herr Ratsherr Herbert Wollschlaeger, Kiel, Eckernförder Allee 33

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten

Beisitzer:

Frau Ilse S a d e, Kiel-Gaarden, Bielenbergstr. 2

bisher:

Frau Ilse Sade, Kiel-Gaarden, Bielenbergstr. 2

Stellvertreter:

Frau Rosa E n g e l, Kiel, Waisenhofstr. 40

bisher:

Herr Walter Schindeler, Kiel-Ellerbek, Franziusallee 124

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge

Beisitzer:

Herr Heinz ~~Brennecke~~ K a d e, Lilienthalstr. 11

bisher:

Frau Helga Weiße, Kiel, Harmsstraße 78 (verzoogen)

Stellvertreter:

Herr Heinz B r e n n e c k e, Kiel, Hornheimer Weg 44

bisher:

Frau Gerda Bredenbeck, Kiel-Ellerbek, Lütjenburger Str. 14
(verzoogen)

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten und Sowjetzonenflüchtlinge gehört:

Beisitzer:

Herr Werner B e y r i n g, Kiel, Kirchhofallee 70

bisher:

Herr Hans Kosak, Kiel, Scharnhorststr. 3

Stellvertreter:

Fräulein Gisela C l a a ß e n, Kiel, Holtenauer Str. 203

bisher:

Herr Werner Beyring, Kiel, Kirchhofallee 70

Beschluß:

Nach Antrag

5. Drucksache 70

In den Beirat für die Außenwerbung wird als Mitglied gewählt:

Herr Ratsherr Hans Schäfer, Kiel, Burmesterweg 7

Beschluß:

Nach Antrag

6. Drucksache 55

a) Die Stichstraße östlich der Straße Steenbarg im Stadtteil Kiel-Pries erhält die Bezeichnung

Andersenweg.

b) Der Fußweg zu den Grünanlagen und Sportplätzen südöstlich der Einmündung der Lönnsstraße in die Fritz-Reuter-Straße im Stadtteil Kiel-Pries erhält die Bezeichnung

Baggesenweg.

c) Der neue Straßenzug Pfaffenstraße/Nikolaikirchhof/Burgstraße erhält unter Aufhebung der bisherigen Straßenbezeichnungen die Bezeichnung

Otto-Eggerstedt-Straße.

Beschluß:

Vertagt

7. Drucksache 53

Die Der Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolfstraße/Jungmannstraße/Langer Segen/Breiter Weg/Annenstraße gem. dem Lageplan des Stadtplanungsamtes - Vermessungsabteilung vom 25. August 1964 wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

8. Drucksache 72

Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 für das Baugebiet Neue Trasse Mettenhofer Weg/Verlängerung Brandsbeker Weg/westliche Grenze der Kleinsiedlung Mettenhof und des Flurstücks 80/12 - des Russeer Gehölzes/Stadtgrenze entsprechend dem in der Sitzung aushängenden Plan wird als Satzung beschlossen. Der Begründung dazu wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

9. Drucksache 78

Der beiliegende 2. Nachtrag zur Entgeltsordnung für das Städtische Krankenhaus vom 16.3.1964 in der Fassung des 1. Nachtrages vom 16.11.1964 wird beschlossen.

Beschluß:

Nach Antrag mit der Maßgabe, daß Ziffer 2

des 2. Nachtrages zur Entgeltsordnung für das Städt. Krankenhaus gestrichen wird.

10. Drucksache 79

In Abänderung des Beschlusses der Ratsversammlung vom 19.3.1964 wird die Fichteschule bereits zu Ostern 1965 aufgehoben.

Beschluß:

Nach Antrag

11. Drucksache 77

Zugestimmt wird der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 50,-DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 360/645 - H 12 - Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V." -. Der Betrag wird gedeckt durch Sperrung eines gleich hohen Betrages bei der Haushaltsstelle 360/717 - Denkmäler, Plastiken, Wahrzeichen und Brunnen -.

Beschluß:

Nach Antrag

12. Drucksache 86

Zugestimmt wird der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 29.000 DM bei der Haushaltsstelle 452/56 (1964) - Hilfen in Anstalten und Heimen -. Gleichzeitig wird der von der Ratsversammlung am 22.10.1964 für diese Haushaltsstelle beschlossene Sperrvermerk über 4.000 DM aufgehoben.

Der dadurch entstehende Mehrbedarf von 33.000 DM wird durch gleich hohe Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 452/077 - Von anderen örtlichen Trägern - gedeckt.

Beschluß:

Nach Antrag

13. Drucksache 87

Das Heim der "Offenen Tür" bei den Unterkünften an der Friedhofstraße erhält den Namen "Schwedenheim".

Beschluß:

Nach Antrag

14. Drucksache 88

Der Durchführung der Informationsschau "Nordboot" aus Anlaß der Kieler Woche 1965 wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß es sich in erster Linie um eine Ausstellung von Segel- und Motorbooten handelt.

Beschluß:

Abgelehnt mit 20 Stimmen gegen 19 Stimmen
bei Stimmen

15. Drucksache 89 - Dringlichkeitsvorlage -

Das Bauamt wird beauftragt, unverzüglich die bereits laufenden Untersuchungen zum Abschluß zu bringen, wie der Verkehrsablauf am Berliner Platz unter Berücksichtigung der Belange aller Verkehrsteilnehmer zügiger und fließender gestaltet werden kann. Insbesondere sollte unter Beifügung von Kostenanschlägen exakt dargelegt werden, ob und wie durch eine Untertunnelung oder Überbrückung im Zuge der Holstenstraße sowie der Andreas-Gayk-Straße auf der Höhe des Kaufhauses Brenninkmeyer der Fußgängerstrom aus dem wesentlichen Straßenverkehr am Berliner Platz herausgenommen werden kann. Die Untersuchungen sind so abzuschließen, daß die Ratsversammlung in ihrer September-Sitzung über das Ergebnis beraten und beschließen kann.

Beschluß:

Nach Antrag

16. Drucksache 106 - Dringlichkeitsvorlage -

Der beigefügten Entgeltsordnung für die Benutzung der städtischen Müllplätze wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

Die Dringlichkeit der Vorlage war von der Ratsversammlung zu Beginn der Sitzung anerkannt worden.

[Signature]
Stadtpräsident

[Signature]
Ratsherr

Kallmann
Ratsherrin
(Schriftführer)

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister Kiel, den 22. 6. 65
- Hauptamt -
1) Widerspruch - *Nein* -
2) U.
Herrn Stadtpräsidenten
zurückgemacht.
- 9 -

Eisberg

Kurzprotokoll

Über die Sitzung der Ratsversammlung

am 18. Februar 1965

Verschiedenes

Beginn: 18:30 Uhr Ende: 19:50 Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Köster

Schriftführer: Ratscherrin Wallbaum

Anwesend: Stadträte: Frau Hinz, Frau Jensen, Dr. Kasch, Dr. Kie-
kebusch, Lütgens, Dr. Eidel, Schatz, Schrö-
der, Schubert, Westphal, Renner, Wurbs

Ratsherren: Beth, Frau Bondfeldt, Böhm, Book, Engel,
Ewers, Frau Franke, Fitzer, Frau Hansen,
Frau Hansmann, Hildebrand, Hochheim, Jenne,
Jeske, Klouth, Lüdemann, Mühr, Meyer,
Dr. Marwan, Nachtigall, Neutwig, Nolte,
Olsson, Pfaff, Frau Dr. Portofés, Schäfer,
Siebelschmidt, Stellmacher, Steinert, Frau
Tähler, Frau Vormeyer, Dr. Wagner, Frau
Wallbaum, Wollschlaeger, Zimmermann

Es fehlen
entschuldigt: Stadträte: Renner und Dr. Eidel
Ratsherren: Frau Hansmann, Jenne, Jeske,
Dr. Marwan, Dr. Marwan

Es fehlen
unentschuldigt:

Ausschluss von Ratsherren
wegen Befangenheit:

Anwesende hauptamtliche Oberbürgermeister Dr. Mithling, Bürger-
Magistratsmitglieder: meister Titzok, Stadtrat Borchert, Stadt-
rat Engert, Stadtschulrat Dr. Hoffmann,
Stadtbaurat Dr. Müller-ibold, Stadtrat Ren-
ger, Stadtrat Voss

Anwesende Dr. Richter u. Dr. Kopp
der Verwaltung: Stadtdirektor Dr. Baudirektor, Direktor, Mertens u. Sauer
Mitglieder der Ortsbeiräte Buchdorf,
Schilksee und Mettenhof

Köster
Stadtpräsident

Wallbaum
Ratscherrin

Wallbaum
Ratscherrin
(Schriftführer)

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister *Kiel, den 18.2.65*
- Hauptamt -
1.) Widerspruch - *Nein* -
2.) U.
Herrn Stadtrat *präsidieren*
zurückgemeldet.

Zeichnung

Verschiedenes

N I E D E R S C H R I F T

Über die Sitzung der Ratsversammlung am 18. Februar 1965,

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gibt Stadtpräsident die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse bekannt.

Beginn: 15.05 Uhr

Ende: 18.15 Uhr

Anwesend: Stadtpräsident Köster

Stadträte: Frau Hinz, Frau Jensen, Dr. Kasch, Dr. Kiekebusch, Lütgens, Schatz, Schröder, Schubert, Westphal, Wurbs

Ratsherren: Frau Bendfeldt, Beth, Böhm ab 15.45 Uhr, Book, Engel, Ewers, Frau Franke, Fitzer, Frau Hansen, Hansen, Hildebrand, Hochheim, Klauth, Lüdemann, Lühr, Meyer, Nachtigall, Nentwig, Nolte, Olsson, Pfaff, Frau Dr. Portofée, Schäfer, Sichelschmidt, Steinert, Stellmacher, Frau Tübler, Frau Vormeyer, Dr. Wagner, Frau Wallbaum, Wollschlaeger, Zimmermann

Es fehlen entschuldigt: Stadträte Renner, Dr. Rüdell, Ratsherren Frau Hansmann, Jenne, Jeske, Dr. Murmann

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats:

Oberbürgermeister Dr. MÜHling, Bürgermeister Titzck, Stadträte Borchert, Engert, Dr. Hoffmann, Dr. Müller-Ibold, Renger, Voss

Außerdem sind anwesend: Magistratsdirektor Dr. Richter, Magistratsdirektor Dr. Kapp, Stadt. Baudirektoren Mertens und Sauer, Mitglieder der Ortsbeiräte Schilksee, Suchsdorf und Mettenhof

Vorsitz: *kin* Stadtpräsident Köster

Schr.: Stadtpräsident *Wollb* Ratsherrin Wallbaum Ratsherr *Wollb*

Schriftführer: Stadt. Oberinspektor Benk

Wollmann
Ratsherrin
(Schriftführer)

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister

- Hauptamt -

1) Widerspruch

2) U.

Herrn Stadtpräsidenten
zurückgesandt.

Kiel, den 18.2.65

- Nein -

präsidenten

Wollmann

- 2 -

1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. Januar 1965

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. Januar 1965 werden keine Bedenken erhoben

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung der Ratsversammlung am 18. Februar 1965,
Rathaus, Ratssaal

2a) Mitteilungen des Stadtpräsidenten

Keine Mitteilungen.

Öffentliche Sitzung

Beginn: 15.05 Uhr

Ende: 18.15 Uhr

Anwesend: Stadtpräsident Köster

Stadträte: Frau Hinz, Frau Jensen, Dr. Kasch, Dr. Kiekebusch, Lütgens, Schatz, Schröder, Schubert, Westphal, Wurbs

Ratsherren: Frau Bendfeldt, Beth, Böhm ab 15.45 Uhr, Book, Engel, Ewers, Frau Franke, Fitzer, Frau Hansen, Hansen, Hildebrand, Hochheim, Klouth, Lüdemann, Lühr, Meyer, Nachtigall, Nentwig, Nolte, Olsson, Pfaff, Frau Dr. Portofée, Schäfer, Sichelschmidt, Steinert, Stellmacher, Frau Tübler, Frau Vormeyer, Dr. Wagner, Frau Wallbaum, Wollschlaeger, Zimmermann

Es fehlen entschuldigt: Stadträte Renner, Dr. Rüdell, Ratsherren Frau Hansmann, Jenne, Jeske, Dr. Murmann

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats:

Oberbürgermeister Dr. Müthling, Bürgermeister Titzck, Stadträte Borchert, Engert, Dr. Hoffmann, Dr. Müller-Ibold, Renger, Voss

Außerdem sind anwesend: Magistratsdirektor Dr. Richter, Magistratsdirektor Dr. Kopp, Städt. Baudirektoren Mertens und Sauer, Mitglieder der Ortsbeiräte Schilksee, Suchsdorf und Mettenhof

Vorsitzender: Stadtpräsident Köster

Schriftführer: Frau Ratsherrin Wallbaum

Schriftführergehilfe: Stadtoberinspektor Benk

1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. Januar 1965

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 21. Januar 1965 werden keine Bedenken erhoben.

2a) Mitteilungen des Stadtpräsidenten

Keine Mitteilungen.

2b) Mitteilungen des Magistrats und des Oberbürgermeisters

1. Schlüsselkindereinrichtungen

/ - Kenntnis genommen. Ein Abdruck der allen Mitgliedern der Ratsversammlung und des Magistrats schriftlich zugewandenen geschäftlichen Mitteilung des Jugendamtes ist dieser Niederschrift beigefügt. -

2. Bericht zur Situation der Schlachthofbetriebe

/ - Kenntnis genommen. Ein Abdruck der allen Mitgliedern der Ratsversammlung und des Magistrats schriftlich zugewandenen geschäftlichen Mitteilung der Schlachthofbetriebe ist dieser Niederschrift beigefügt. -

3. Zur Kosten- und Ertragslage der kommunalen Unternehmen

/ - Kenntnis genommen. Ein Abdruck der allen Mitgliedern der Ratsversammlung und des Magistrats schriftlich zugewandenen geschäftlichen Mitteilung der Stadtwerke ist dieser Niederschrift beigefügt. -

4. Schulbauplanung ab 1965

/ - Kenntnis genommen. Ein Abdruck der allen Mitgliedern der Ratsversammlung und des Magistrats schriftlich zugewandenen geschäftlichen Mitteilung des Schul- und Kulturamtes ist dieser Niederschrift beigefügt. -

5. Gastspiele der Bühnen der Landeshauptstadt

Stadtschulrat Dr. Hoffmann gibt den Mitgliedern der Ratsversammlung und des Magistrats einen Überblick über Gastspiele der Bühnen der Landeshauptstadt in Kopenhagen, Weimar und Erfurth.

- Kenntnis genommen -

3) Betrifft: Wahl eines neuen bürgerlichen Mitgliedes für den Wohnungsausschuß
Berichterstatter: Stadtpräsident - Drs. 85 -

Antrag: Aus dem Wohnungsausschuß scheidet aus:
Herr Oscar Bornmann

Es wird neu gewählt als bürgerliches Mitglied:
Herr Dr. Werner Lodemann, Kiel, Sternwartenweg 23

Beschluß: Nach Antrag.

4) Betrifft: Neubesetzung der Ausgleichsausschüsse I, II und III - Drs. 52 -
Berichterstatter: Stadtrat Engert

Antrag: siehe Vorlage.

Beschluß: Es sind gewählt:

a) Ausgleichsausschuß I:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

SPD Herr Paul Zöllkau, Kiel-Holtenau, Waffenschmiede 1

Stellvertreter:

SPD Herr Hans Walther, Kiel, Karlstraße 8/10

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten

Beisitzer:

SPD Frau Gertrud Hirsch, Kiel, Eichhofstraße 24

Stellvertreter:

SPD Frau Wilma Behnk, Kiel-Ellerbek, Peter-Hansen-Straße 136

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge

Beisitzer:

CDU Frau Antje Hochheim, Kiel, Westring 271

Stellvertreter:

CDU Herr Erich Arndt, Kiel-Wellingdorf, Unterstraße 1

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten und Sowjetzonenflüchtlinge gehört:

Beisitzer:

CDU Herr Walter Vagdt, Kiel, Hamburger Chaussee 146

Stellvertreter:

CDU Herr Bernhard Peter, Kiel-Wellingdorf, Radsredder 12

b) Ausgleichsausschuß II:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

SPD Herr Klaus Hupp, Kiel-Hasseldieksdamm, Am Wohld 7

Stellvertreter:

SPD Herr Fritz Dorn, Kiel-Friedrichsort, Gorch-Fock-Straße 4

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten:

Beisitzer:

CDU Frau Meta Wilimzig, Kiel-Gaarden, Johannesstraße 44

Stellvertreter:

CDU Frau Lena Schröder, Kiel, Ringstraße 33

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge:

Beisitzer:

CDU Frau Hildegard Franzius, Kiel, Ringstraße 90

Stellvertreter:

CDU Herr Wolfgang Hochheim, Kiel, Zastrowstraße 30

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten oder Sowjetzonenflüchtlinge gehört:

Beisitzer:

SPD Frau Ellen Pries, Kiel, Esmarchstraße 66

Stellvertreter:

SPD Herr Hans Kosak, Kiel, Scharnhorststraße 3

c) Ausgleichsausschuß III:

1. Als Vertreter der Vertriebenen

Beisitzer:

CDU Herr Alfred Stellmacher, Kiel-Gaarden, Elisabethstraße 97

Stellvertreter:

CDU Herr Wolf-Dietrich Dreves, Kiel, Olshausenstraße 24

2. Als Vertreter der Kriegssachgeschädigten:

Beisitzer:

SPD Frau Ilse Sade, Kiel-Gaarden, Bielenbergstraße 2

Stellvertreter:

SPD Frau Rosa Engel, Kiel, Waisenhofstraße 40

3. Als Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge:

Beisitzer:

SPD Herr Heinz Kade, Kiel-Holtenau, Lilienthalstraße 11

Stellvertreter:

SPD Herr Heinz Brennecke, Kiel, Hornheimer Weg 44

4. Als Vertreter des Teiles der Bevölkerung, der nicht zu dem Kreise der Vertriebenen, Kriegssachgeschädigten und Sowjetzonenflüchtlinge gehört:

Beisitzer:

CDU Herr Werner Beyring, Kiel, Kirchhofallee 70

Stellvertreter:

CDU Fräulein Gisela Claaßen, Kiel, Holtenauer Straße 203

5) Betrifft: Ergänzung des Beirates für die Außenwerbung - Drs. 70 -

Berichterstatter: Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold

Antrag: In den Beirat für die Außenwerbung wird als Mitglied gewählt:

.....

Beschluß: Es ist gewählt:

Herr Ratsherr Hans Schäfer, Kiel, Burmesterweg 7

6) Betrifft: Straßenbenennungen

- Drs. 55 -

Berichterstatter: Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold

Antrag: a) Die Stichstraße östlich der Straße Steenberg im Stadtteil Kiel-Pries erhält die Bezeichnung Andersenweg.

b) Der Fußweg zu den Grünanlagen und Sportplätzen südöstlich der Einmündung der Lönnsstraße in die Fritz-Reuter-Straße im Stadtteil Kiel-Pries erhält die Bezeichnung Baggesenweg.

c) Der neue Straßenzug Pfaffenstraße/Nikolaikirchhof/Burgstraße erhält unter Aufhebung der bisherigen Straßenbezeichnungen die Bezeichnung Otto-Eggerstedt-Straße.

Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold erläutert die Vorlage. Er geht dabei insbesondere auf die Benennung zu c) des Antrages ein. Im Zuge der Ausweitung des Fußgängerbereichs Alter Markt/Dänische Straße werde sich eine neue Verkehrsführung der Straßenbahn ergeben, der eine Neugestaltung des Straßenverkehrs folge. So entstehe ein völlig neuer Straßenzug Pfaffenstraße/Nikolaikirchhof und Burgstraße. Diese Straßen hätten bisher keinen durchgehenden und einheitlichen Charakter gehabt. Bei der Frage nach der Benennung des neuen Straßenzuges hätten zwei Vorschläge zur Diskussion gestanden: ihm einen der alten Namen zu geben oder einen völlig neuen Namen zu wählen. Dabei war zu berücksichtigen, daß es sich im Bereich der Altstadt um den ersten nach dem Kriege neugestalteten und in seinem Charakter vollständig veränderten Straßenzug handelt, dessen zukünftiger moderner Charakter von der Konzerthalle am Schloß bis zum Parkhochhaus bei Karstadt die bisherigen alten Straßen nicht mehr erkennen lasse. Der Bauausschuß war daher in seiner Mehrheit der Auffassung, daß man der Straße einen neuen Namen geben sollte. Dieser solle der Kieler Bevölkerung die problemreiche Zeit der neueren Geschichte in die Erinnerung zurückrufen. Dafür sei eine Straße im zentralen Bereich an entscheidender Stelle besonders geeignet. Solche Namensgebungen könne man nur selten mit Grund durchführen. Hier aber biete sich eine Möglichkeit. Die Mehrheit des Bauausschusses wie des Magistrats habe daher für die Umbenennung gestimmt.

Stadtrat Dr. Kiekbusch beantragt für die CDU-Ratsherrenfraktion zunächst eine getrennte Abstimmung nach den Ziffern a), b) und c) des Antrages. Zu c) behalte sich seine Fraktion außerdem das Recht vor, eine Vertagung zu beantragen, falls die Diskussion zeigen sollte, daß die Mehrheitsfraktion des Hauses weiterhin an ihrem Vorschlag festhalten sollte.

Die CDU sei der Meinung, daß es sich die Ratsversammlung nicht leisten könne, traditionsreiche alte Namen nach 720 Jahren einfach fortzufügen. Der Krieg habe Kiel schon so viele historische Güter geraubt, daß man heute alles erhalten müsse, was an das alte Kiel erinnere. Ein Vergleich mit der Andreas-Gayk-Straße sei nicht möglich, sie sei ihrem Charakter nach anders zu sehen und habe auch nicht im Altstadt kern gelegen. Gerade in diesem Bereich ergebe sich aber eine besondere Verpflichtung. Wie die Nikolaikirche und der Warleberger Hof müßten auch die alten Straßennamen bestehen bleiben. Die CDU-Ratsherrenfraktion habe von vornherein vor einer Umbenennung gewarnt. Die Resonanz, die die Diskussion über diesen Punkt in der Öffentlichkeit gefunden habe, habe diese Auffassung bestätigt. Selten habe eine Entscheidung der Ratsversammlung in den letzten Jahren so großes Interesse in der Öffentlichkeit gefunden und selten habe sich die Kieler Bevölkerung so einmütig gegen eine Umbenennung gestellt. Die SPD-Ratsherrenfraktion sollte daher noch einmal mit allem Ernst überlegen, ob nicht eine Möglichkeit zur Beibehaltung der bisherigen Straßennamen besteht. Die CDU-Ratsherrenfraktion ihrerseits möchte unterstreichen, daß sich ihre Auffassung in dieser Sache keinesfalls gegen die Ehrung der Widerstandskämpfer und die Benennung von Straßen nach ihnen richte. Sie spreche sich vielmehr grundsätzlich dafür aus, daß eine andere angemessene Straße den Namen Otto Eggerstedts erhalte.

Ratsherr Lüdemann begrüßt die Ausführungen des Stadtbaurats, die die SPD-Ratsherrenfraktion in ihrer Auffassung bestätigt haben. Die Argumente des CDU-Ratsherrenfraktionsvorsitzenden hätten dagegen nicht überzeugen können. Er möchte daran erinnern, daß die CDU selbst die Voraussetzungen für die heutige Situation geschaffen habe, als sie vor Jahren mit Mehrheit beschloß, die Straßenbahn weiter über den Alten Markt zu führen, statt der von

der SPD vorgeschlagenen Lösung über den Wall zuzustimmen. Dann hätte es bei den traditionsreichen Namen bleiben können, weil sich ihr Charakter nicht verändert hätte. Damals habe man den Beschluß über die Veränderung des Charakters des Straßenbildes gefällt. Die SPD-Ratsherrenfraktion könne also für diesen in einer früheren Legislaturperiode von der CDU-Mehrheit gefaßten Beschluß nicht verantwortlich gemacht werden. Jetzt biete sich allerdings eine Gelegenheit, alte und neue Stadtgeschichte zu verbinden und neben alte Straßennamen die Namen verdienstvoller Widerstandskämpfer zu setzen, die die Erinnerung an die neuere Geschichte wachhalten sollen.

Stadtpräsident K ö s t e r spricht eine am 17. Februar 1965 veröffentlichte Glosse von Kilius in den KN an, zu der in der heutigen Ausgabe dieser Zeitung einige Leserbriefe abgedruckt worden sind. Es seien auch einige Protestbriefe und Telegramme in seinem Büro eingegangen, von denen Stadtpräsident den Mitgliedern der Ratsversammlung und des Magistrats Abschriften zugestellt hat. Stadtpräsident möchte zunächst unterstreichen, daß sich wohl alle Mitglieder des Hauses der Stadtgeschichte verpflichtet fühlen. Wenn durch den neuen Straßenzug jedoch 3 frühere Straßen zu einer neuen Straße vereinigt würden, dann müßten auch nach dem Vorschlag der CDU-Ratsherrenfraktion 2 Namen fortfallen. Das sei leider in der Öffentlichkeit bisher nicht genügend bekannt. Es sei auch nicht bekannt, daß diese neue Straße in den Ausschüssen und in der Ratsversammlung einstimmig verabschiedet worden sei. Äußerungen wie "Brüskierung" und "Selbstherrlichkeit der Sozialdemokraten" seien also verfehlt. Neben dem verständlichen Wunsch nach Tradition müsse jedoch auch der Bürgersinn eine Rolle spielen. Ein Beispiel hierfür sei die spontane Bitte einiger Anwohner der damaligen "Neuen Straße" gewesen, diese nach dem Tode von Andreas Gayk nach diesem zu benennen. Damals habe niemand in der Öffentlichkeit von "parteilichter Rücksichtnahme" gesprochen.

Stadtpräsident wendet sich weiter gegen Veröffentlichungen, die von "reinem Irrsinn, der im roten Rathaus regiert", sprechen. Ebenso wenig wie von "roten Rathäusern" halte er etwas von der Bezeichnung "schwarze Rathäuser". Doch wie man es als "reinen Irrsinn" bezeichnen könne, wenn 3 Straßen auf einstimmigen Beschluß zu einer vereinigt werden, und man sich dann überlegt, ob man einen verdienten Bürger dadurch ehrt, daß man diese Straße nach ihm benennt, dann habe das weder etwas mit Parteipolitik zu tun, noch könne es als Irrsinn bezeichnet werden. Ausschlaggebend allein seien die Verdienste, die dieser Bürger sich erworben habe. Er halte es auch nicht für möglich, eine solche Ehrung dadurch auszusprechen, daß man eine abseitige Straße nach ihm benenne. Das habe auch bei der Ehrung von Prof. Heuss eine Rolle gespielt.

Generell möchte Stadtpräsident abschließend zum Ausdruck bringen, daß die Stadt bisher auf dem Gebiet der Ehrungen bei Straßenbenennungen zu wenig getan habe. Es gebe noch etliche Bürger, die einer solchen Ehrung würdig wären, weil sie sich der Tyrannei und der Unfreiheit nicht gebeugt haben. Das gelte sowohl für den früheren Vorsitzenden der Ratsversammlung, den Stadtverordnetenvorsteher Rechtsanwalt Dr. Spiegel, der am 12. März 1933 von der SA brutal ermordet wurde, wie für den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei im Reichstag, Dr. Oberfohren, die er stellvertretend für viele andere Frauen und Männer nennen möchte, die sich mutig gegen das Naziregime gestellt haben. Wenn ein Hinweis hierauf heute auch nicht immer populär sei, so müsse man zum Schutz des demokratischen Staates diesen Mut zur Unpopularität aufbringen. Nicht Parteipolitik also

sei es, was die SPD-Ratsherrenfraktion bei den Ehrungen bewege, sondern die Scham, daß solche Verbrechen damals geschehen konnten. Um die Erinnerung daran wachzuhalten und gleiches zu verhindern, sollten zur Ehrung und zum Gedenken Straßen in der Innenstadt die Namen dieser Unerschrockenen tragen. Auch das sei ein Kapitel der Stadtgeschichte Kiels.

Ratsherr **S i c h e l s c h m i d t** argumentiert, daß Straßennamen nicht in den Bereich der Logik gehören. Sie hätten eine "Patina wie Türme auf den Kirchen". Daher dürfe man sie auch nicht von heute auf morgen ändern. Das gebe Ärger in der Bevölkerung. Wenn man übereinstimme, daß man Widerstandskämpfer ehren wolle, dann sollte man gleichzeitig bestrebt sein, daß hinter dieser Ehrung die ganze Stadt stehe. Man könnte dafür bestimmte Stadtteile vorsehen, man könnte aber auch z.B. das Sophienblatt zwischen Hummelwiese und Rondeel umbenennen. Nach seiner Auffassung würde es nicht im Sinne Otto Eggerstedts sein, wenn eine Ehrung nur mit Mehrheit und gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung beschlossen würde. Sollte eine Einigung in diesem Sinne daher heute nicht erreicht werden können, stimme seine Fraktion für den Vertagungsantrag.

Stadtrat **S c h u b e r t** erinnert daran, daß die Tradition an dem Wort und nicht an dem Straßenzug haften, wie auch in anderen Städten Bezeichnungen auf etwas hinweisen, was seit langem nicht mehr vorhanden sei. In ihrer Erhaltung zeige sich wahres Geschichtsbewußtsein. Er spreche sich dementsprechend dafür aus, daß alle 3 Straßenbezeichnungen erhalten bleiben. Das bedeute jedoch keinesfalls, daß er sich gegen die Ehrung von Widerstandskämpfern wende. Das Gegenteil sei der Fall. Er erkenne auch an, daß Straßen in Außenbezirken nicht besonders geeignet sind. Falsch wäre es andererseits aber auch, dabei historisch gewachsene Namen zu beseitigen. Zum Vorschlag Dr. Spiegel möchte er darauf hinweisen, daß die Angehörigen die Benennung einer Straße nach ihm abgelehnt haben. Im übrigen bitte er darum, daß die dem Stadtpräsidenten übersandten Protestschreiben, die den Ratsherren bereits schriftlich vorliegen, öffentlich verlesen werden.

Stadtpräsident **K ö s t e r** verliest die eingegangenen Protestbriefe und Telegramme. Sie sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Stadtrat Dr. **K a s c h** bedauert, daß die Auseinandersetzungen über diese Frage auf einem politischen Hintergrund ausgetragen werden. Es frage sich doch, ob nicht eine konkrete Lösung allen Vorstellungen gerecht werden könnte, wenn eine Straße innerhalb des zentralen Bereichs unserer Stadt gewählt werde, z.B. die Eckernförder Allee oder die Gutenbergstraße. Er glaube, daß sich auf diesem Wege eine gemeinsame Auffassung beider Fraktionen erreichen lassen sollte.

Ratsherr **S t e i n e r t** meint, daß die neuen Straßen in Mettenhof nach den Widerstandskämpfern benannt werden sollten.

Stadtrat **W e s t p h a l** würde es für richtig halten, wenn nach dem Theodor-Heuss-Ring ein weiterer Teil des Kieler Hufeisens, etwa der Ostring oder der Westring, nach Otto Eggerstedt benannt wird.

Frau Ratsherrin **W a l l b a u m** möchte in dieser gefühlsbetonten Debatte einmal darauf hinweisen, daß es endlich an der Zeit ist, einen verdienten und aufrechten Demokraten zu ehren. Im Bewußtsein dieser Verpflichtung habe sie 1957 der Ratsversammlung die Empfehlung übermittelt, eine Straße in Hassee nach Otto Eggerstedt zu benennen. Das habe die damalige Mehrheit der CDU unter Hinweis darauf abgelehnt, daß nach Eggerstedt besser eine Straße in der City benannt werden sollte, eine Straße in Hassee sei zu unbedeutend.

Stadtrat **S c h a t z** erinnert daran, daß die Angehörigen des ermordeten Stadtverordneten-vorstehers Dr. Spiegel ihre Einwilligung zur Benennung einer Straße nach ihm aus Verbitte-rung nicht gegeben haben. Auch er sei grundsätzlich der Auffassung, daß Kiel bisher zu wenig auf dem Gebiete der Ehrung verdienter Männer der Stadt getan habe. Wenn überhaupt, so sei das nur in den Außenbezirken oder nur auf dem Ostufer geschehen. Die SPD-Ratsherren-fraktion sei aber der Meinung, daß sich diese Verpflichtung vor allem auch auf den Stadtkern beziehe. Hier vor allem müsse die Erinnerung an die jüngste Geschichte wachgehalten werden, hier würde auch den vielen in- und ausländischen Gästen das Geschichtsbewußtsein der Bür-ger Kiels deutlich vor Augen geführt werden können. Keiner der bisher gemachten Vorschläge sei unter diesem Gesichtspunkt zufriedenstellend. Zu den Protesten aus der Bevölkerung möch-te er bemerken, daß es mehr oder weniger eine Frage der Aufklärung sei, Otto Eggerstedt unter die Zeugen der Kieler Stadtgeschichte einzureihen.

Ratsherr **S c h ä f e r** erinnert an die Bemühungen im Bauausschuß, Straßen und Plätze nach Widerstandskämpfern zu benennen. In diesem Bemühen sei man sich stets einig gewesen, lediglich in diesem einen Fall seien die Auffassungen auseinandergeschieden. Die CDU-Rats-herrenfraktion habe seitdem ihre Meinung erneut geändert und glaube heute, daß man alle 3 historischen Namen beibehalten könne. Zweifellos gehörten die Widerstandskämpfer ebenso zum Geschichtsbewußtsein Kiels wie die Namen alter Straßen. Sie gehörten auch zur Tradi-tion des Volkes, diese Männer hätten eine alte Tradition des deutschen Volkes fortgeführt. Zwischen historischen Straßennamen und den Namen der Widerstandskämpfer dürfte es daher keine Alternative geben, man müsse beides zu realisieren versuchen.

Stadtrat **S c h r ö d e r** fühlt sich als Kieler seiner Heimatstadt in hohem Maße verpflichtet, die Auffassung der CDU-Ratsherrenfraktion könne er aber nicht teilen. Wenn die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geehrt werden sollen, dann müsse es dort geschehen, wo die meisten Bürger vorbeikommen, in der Innenstadt. Vor allem der Jugend müsse immer wieder die Verpflichtung gegenüber diesen Männern und ihr Vorbild vor Augen gehalten wer-den. Otto Eggerstedt sollte ein Denkmal gesetzt werden, mit der Benennung der neuen Straße nach ihm solle Kiel ein Bekenntnis zur neueren Geschichte ablegen.

Ratsherr **B e t h** glaubt auch, daß gerade eine Straße im Herzen der Stadt ein echtes Be-kenntnis zur neueren Geschichte sein kann. Es sei falsch, davon zu sprechen, daß alte histo-rische Namen "vom Tisch gefegt" werden. Im übrigen halte er das Thema nicht für einen kommunalpolitischen Streit geeignet.

Stadtrat Dr. **K i e k e b u s c h** möchte erneut betonen, daß alle Mitglieder der Ratsver-sammlung bereits sind, eine angemessene Straße nach Otto Eggerstedt zu benennen. Es gebe aber doch keinen Grund dafür, einige alte und historische Straßennamen aufzugeben, wo sich die Möglichkeit bietet, andere bedeutende Straßen in Kiel für die Umbenennung zu

wählen. Da nach den bisherigen Ausführungen eine Einigung in der heutigen Sitzung sicher nicht erreicht werde, stelle er nunmehr offiziell den

Antrag: Die Vorlage zur Drucksache 55 wird vertagt.

Ratsherr L ü d e m a n n weist darauf hin, daß die SPD sich auf ihre Auffassung festgelegt hat. Sie werde in 4 Wochen nicht anders entscheiden.

Stadtrat L ü t g e n s erinnert daran, daß die CDU-Ratsherrenfraktion im Magistrat für eine einheitliche Bezeichnung des neuen Straßenzuges gestimmt habe, so daß damit auch 2 alte historische Namen entfallen wären. Heute entscheide sich die CDU nun anders.

Ratsherr L ü d e m a n n kündigt an, daß die SPD-Ratsherrenfraktion den Antrag der CDU-Ratsherrenfraktion auf getrennte Abstimmung zu den Punkten a), b) und c) des Antrages ablehnen würde.

Stadtrat Dr. K i e k e b u s c h zieht daraufhin seinen Antrag auf getrennte Abstimmung zurück.

Stadtpräsident läßt daraufhin über den Vertagungsantrag abstimmen.

Beschluß: Die Vorlage wird bis zur nächsten Sitzung der Ratsversammlung vertagt.

7) Betrifft: Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolfstraße/Jungmannstraße/Langer Segen/Breiter Weg/Annenstraße - Drs. 53 -

Berichterstatter: Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold

Antrag: Der Einziehung von Straßenflächen im Bereich Adolfstraße/Jungmannstraße/Langer Segen/Breiter Weg/Annenstraße gem. dem Lageplan des Stadtplanungsamtes - Vermessungsabteilung - vom 25. August 1964 wird zugestimmt.

Beschluß: Nach Antrag.

8) Betrifft: 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 - Drs. 72 -

Berichterstatter: Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold

Antrag: Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 403 für das Baugebiet Neue Trasse Mettenhofer Weg/Verlängerung Brandsbeker Weg/westliche Grenze der Kleinsiedlung Mettenhof und des Flurstücks 80/12 - des Russeer Gehölzes/ Stadtgrenze entsprechend dem in der Sitzung aushängenden Plan wird als Satzung beschlossen. Der Begründung dazu wird zugestimmt.

Beschluß: Nach Antrag.

- 9) Betrifft: Krankenhausentgelte; hier: 2. Nachtrag zur Entgeltsordnung für das Städtische Krankenhaus - Drs. 78 -

Berichterstatter: Stadtrat Schubert

Antrag: Der beiliegende 2. Nachtrag zur Entgeltsordnung für das Städtische Krankenhaus vom 16.3.1964 in der Fassung des 1. Nachtrages vom 16.11.1964 wird beschlossen.

Stadtrat S c h u b e r t begründet die Vorlage und weist darauf hin, daß Ziffer 2 des 2. Nachtrages in der gestrigen Sitzung des Magistrats zurückgezogen wurde.

Beschluß: Nach Antrag mit der Maßgabe, daß Ziffer 2 des "2. Nachtrages zur Entgeltsordnung für das Städtische Krankenhaus" gestrichen wird.

- 10) Betrifft: Veränderung von Schulbezirken - Drs. 79 -

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: In Abänderung des Beschlusses der Ratsversammlung vom 19.3.1964 wird die Fichteschule bereits zu Ostern 1965 aufgehoben.

Beschluß: Nach Antrag.

- 11) Betrifft: Mitgliedschaft im Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V.", Hamburg

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Kasch - Drs. 77 -

Antrag: Zugestimmt wird der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 50, -- DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 360/645 - H 12 - Verein "Freunde des Altonaer Museums e.V." -. Der Betrag wird gedeckt durch Sperrung eines gleich hohen Betrages bei der Haushaltsstelle 360/717 - Denkmäler, Plastiken, Wahrzeichen und Brunnen -.

Beschluß: Nach Antrag.

- 12) Betrifft: Jugendhilfe in Heimen - Drs. 86 -

Berichterstatter: Stadtrat Engert

Antrag: Zugestimmt wird der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 29.000 DM bei der Haushaltsstelle 452/56 (1964) - Hilfen in Anstalten und Heimen -. Gleichzeitig wird der von der Ratsversammlung am 22.10.1964 für diese Haushaltsstelle beschlossene Sperrvermerk über 4.000 DM aufgehoben.

Der dadurch entstehende Mehrbedarf von 33.000 DM wird durch gleich hohe Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 452/077 - Von anderen örtlichen Trägern - gedeckt.

Beschluß: Nach Antrag.

- 13) Betrifft: Name für das Heim der "Offenen Tür" an der Friedhofstraße
Berichterstatter: Stadtrat Engert - Drs. 87 -
Antrag: Das Heim der "Offenen Tür" bei den Unterkünften an der Friedhofstraße erhält den Namen "Schwedenheim".

Stadtrat Engert erläutert die Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag.

- 14) Betrifft: Kieler Woche 1965 - Antrag der CDU-Ratsherrenfraktion auf Durchführung einer Informationsschau "Nordboot" -
- Drs. 88 -

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Kiekebusch

Antrag: Die Ratsversammlung möge beschließen:

Der Durchführung der Informationsschau "Nordboot" aus Anlaß der Kieler Woche 1965 wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß es sich in erster Linie um eine Ausstellung von Segel- und Motorbooten handelt.

Ratsherr Hochheim begründet seine Auffassung, daß diese Ausstellung als eine Bereicherung der Kieler Woche angesehen werden könnte und zeigt auf, daß die Entscheidung des Kieler-Woche-Ausschusses, der die Durchführung der Informationsschau abgelehnt hatte, dadurch beeinflusst wurde, daß keine klaren Auskünfte über die Höhe der Preise gegeben werden konnten.

Stadtrat Schubert spricht sich gegen den Antrag aus. Er ist der Meinung, daß diese Ausstellung nicht in den Rahmen der Kieler Woche paßt, da es sich in erster Linie um eine Motorbootausstellung handelt.

Ratsherr Lüdemann schließt sich für die SPD der Auffassung von Stadtrat Schubert an.

Stadtrat Renger spricht sich aus der Sicht des Amtes für Wirtschaftsförderung für die Ausstellung aus.

Beschluß: Für den Antrag stimmen 19, gegen den Antrag 20 Mitglieder der Ratsversammlung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

15) Betrifft: Verkehrsprobleme am Berliner Platz - Antrag der SPD-Ratsherrenfraktion -
Berichterstatter: Stadtrat Schatz - Drs. 89 -

Antrag: Das Bauamt wird beauftragt, unverzüglich die bereits laufenden Untersuchungen zum Abschluß zu bringen, wie der Verkehrsablauf am Berliner Platz unter Berücksichtigung der Belange aller Verkehrsteilnehmer zügiger und fließender gestaltet werden kann. Insbesondere sollte unter Beifügung von Kostenanschlägen exakt dargelegt werden, ob und wie durch eine Untertunnelung oder Überbrückung im Zuge der Holstenstraße sowie der Andreas-Gayk-Straße auf der Höhe des Kaufhauses Brenninkmeyer der Fußgängerstrom aus dem wesentlichen Straßenverkehr am Berliner Platz herausgenommen werden kann. Die Untersuchungen sind so abzuschließen, daß die Ratsversammlung in ihrer September-Sitzung über das Ergebnis beraten und beschließen kann.

Stadtrat S c h a t z führt in seiner Begründung des Antrages aus, daß die SPD-Ratsherrenfraktion die Verkehrssituation am Berliner Platz seit einiger Zeit mit großer Sorge beobachtet habe. Sie sei zwar darüber unterrichtet, daß bei den Besprechungen des Generalverkehrsplanes dieses Problem erörtert worden sei, im Gegensatz zu anderen schwierigen Punkten der Stadt habe man jedoch am Berliner Platz bisher noch keine praktische Lösung für eine Behebung der Verkehrsprobleme gefunden. Seine Fraktion glaube daher, daß das Bauamt konkret beauftragt werden sollte, die Untersuchungen zum Abschluß zu bringen. Im Mittelpunkt sollte dabei das Bemühen stehen, sowohl in der Holstenstraße wie in der Andreas-Gayk-Straße (am Berliner Platz) die Fußgänger aus dem Straßenverkehr herauszunehmen. Neben der technischen sei die finanzielle Seite zu klären. Wie dringend es sei, an diesem neuralgischsten aller neuralgischen Punkte im Kieler Verkehr Abhilfe zu schaffen, werde auch durch die Ergebnisse einer Verkehrszählung bewiesen: pro Stunde passieren 2.000 Pkw's, 30 Straßenbahnen und 10.000 Fußgänger diesen Engpaß. Gegenüber 1959 habe sich allein die Zahl der Pkw's um 3.000 auf 27.300 je 16 Stunden erhöht, wobei erfahrungsgemäß noch viele Kraftfahrer den Berliner Platz meiden. Um eine einwandfreie Lösung zu erreichen und die drohende Katastrophe abzuwenden, sollte in die Untersuchung auch die Andreas-Gayk-Straße bis zum Ziegelteich mit den Haltestellenbuchten und den Ampelanlagen einbezogen werden. Auch sollte bei der Neuplanung berücksichtigt werden, daß man Bürgern, die zum Bahnhof wollen, nicht zumuten dürfe, vom Holstenplatz bzw. von der Ringstraße ab zu Fuß zu gehen. Vielleicht sollte man auch überlegen, die Straßenbahn in den Wall zu legen. Schließlich sollte im Rahmen der Diskussionen auch die in der Presse bereits mehrfach erwähnte Busverbindung von Friedrichsort, die nach seinem Dafürhalten durchgehend bis zum Bahnhof verlaufen sollte, erörtert werden. Besonderen Wert lege seine Fraktion auf eine einwandfreie technische Lösung des gesamten Problems.

Ratsherr S c h ä f e r glaubt, daß der Antrag der SPD-Ratsherrenfraktion "offene Türen einrennt". Abgesehen davon reiche die Formulierung des Antrages aber auch nicht aus, da sie die Frage der Straßenbahnen und deren Linienführung nicht genügend berücksichtige. Er halte es für notwendig, daß die Stadt als Mehrheitsaktionärin zunächst der Kieler Verkehrs AG aufgabe, vorweg die Entscheidungen hierüber zu treffen. Für die Linie 2 deute sich dabei eine Lösung an, die eine Verbindung von der Universität zum Bahnhof mit der Bahn und von da ab bis Hassee mit Bussen vorsehe. Grundsätzlich stelle sich bei diesen Überlegungen auch die Frage, wann die Straßenbahn ganz aus dem Verkehr herausgenommen werden kann, denn auf die Dauer werde man sich doch ganz auf Busse umstellen müssen. Dadurch gewinne man Straßenflächen und erziele eine höhere Beweglichkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages ist in der Ratsversammlung zu Beginn ihrer Sitzung anerkannt worden.

Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold gibt zunächst seiner Freude über den klaren Auftrag an die Bauverwaltung Ausdruck. Es sei selbstverständlich, daß die Verkehrsprobleme am Berliner Platz nur insgesamt gelöst werden können. Der Kreisel sei in seiner jetzigen Form dem erheblich angestiegenen Verkehr nicht mehr gewachsen, er müsse durch eine wesentlich leistungsfähigere Kreuzung ersetzt werden. Zur Frage der Straßenbahnen möchte er der Auffassung von Ratsherrn Schäfer entgegentreten, wonach Kiel eines Tages auf die Straßenbahn ganz verzichten müsse. Das glaube er nicht, da man mit einem solchen Schritt weder Straßenflächen gewinnen würde - der freiwerdende Platz würde von den Bussen weitgehend in Anspruch genommen - noch würde man die Flüssigkeit des Verkehrs fördern. Insofern sei der Auftrag an die Bauverwaltung auch nicht von der Vorwegentscheidung der Kieler Verkehrs AG abhängig. Vielmehr müsse Hand in Hand gearbeitet werden, alle Fragen müßten gemeinsam erörtert werden. Das sei bisher geschehen und das sei auch für die Zukunft vorgesehen. Ein unterirdisches System der Fußgängerführung sei nach seiner Auffassung im übrigen die beste Lösung für einen kreuzungsfreien Verkehr am Berliner Platz. Für die Überquerung der Andreas-Gayk-Straße gegenüber der Firma Brenninkmeyer könnte sich allerdings auch eine Brücke als besser erweisen. Das werde man zu prüfen haben. Erschwert und verteuert werde das Tunnelprojekt dadurch, daß unter dem Platz Moorboden sei und außerdem ein wirksamer Schutz gegen Überschwemmungen gefunden werden muß. Die Bauverwaltung hoffe, bis zur September-Sitzung der Ratsversammlung eine Konzeption vorlegen zu können, baureife Unterlagen könnten dann innerhalb eines weiteren Jahres erarbeitet werden.

Stadtrat Schatz hält die von Ratsherrn Schäfer gewünschte Ergänzung des Antrages nicht für notwendig. Es sei doch selbstverständlich, daß alle im Zusammenhang mit den Verkehrsproblemen am Berliner Platz stehenden Fragen erfaßt werden.

Stadtrat Dr. Kieckebusch meint demgegenüber, daß als Ziffer 2 ein Ergänzungsantrag eingebaut werden sollte, der die Kieler Verkehrs AG beauftragt, die gleichen Untersuchungen für ihren Verkehrsbereich bis Ende August 1965 durchzuführen und dem Magistrat vorzulegen.

Stadtbaurat Dr. Müller-Ibold weist darauf hin, daß auch nach Auffassung der Bauverwaltung der Gesamtkomplex zu bearbeiten ist. Die Fragen der Straßenbahnführung seien darin selbstverständlich enthalten. Ein spezieller Auftrag an die Kieler Verkehrs AG sei wegen der bisherigen und zukünftigen engen Zusammenarbeit nicht notwendig. Er könne nur zu zeitlichen Verzögerungen führen und die Lösung verkomplizieren.

Ratsherr Schäfer verzichtet unter diesen Umständen auf einen Antrag auf Ergänzung der Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag.

- 16) Betrifft: Entgeltsordnung für die Benutzung der städtischen Müllplätze
Berichterstatter: Stadtrat Westphal - Dringlichkeitsvorlage - Drs. 106 -
Antrag: Der beigefügten Entgeltsordnung für die Benutzung der städtischen Müllplätze wird zugestimmt.

Beschluß: Nach Antrag.
Die Dringlichkeit der Vorlage war von der Ratsversammlung zu Beginn ihrer Sitzung anerkannt worden.

17) Verschiedenes

a) Gemeinschaftshaus in Schilksee

Ratsherr Z i m m e r m a n n erinnert daran, daß der Stadtkämmerer im Rahmen der Haushaltsberatung 1965 für die Finanzierung des Gemeinschaftshauses in Schilksee eine Lösung angedeutet hat. Schilksee habe ein Recht darauf, daß die von der Stadt Kiel im Eingemeindungsvertrag übernommene Verpflichtung jetzt bald eingelöst werde. Er frage daher, wie weit die Verhandlungen des Stadtkämmerers fortgeschritten sind.

Bürgermeister T i t z c k erwidert, daß sich der Verwaltungsrat der Kieler Spar- und Leihkasse mit dem Problem beschäftige. Er habe es nicht aus den Augen verloren und werde zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

- Kenntnis genommen -

b) Erschließungskosten im Siedlungsgebiet Mettenhof

Frau Ratsherrin T ü b l e r ist zu Ohren gekommen, daß das in Mettenhof ausgewiesene Siedlungsgebiet für Kleinsiedler sehr hohe Erschließungskosten erfordert. Diese sollen 900.000 DM für 26 Siedler betragen. Sie fragt, ob es unter diesen Umständen nicht besser sei, anderes Gelände für Kleinsiedler vorzusehen.

Ratsherr K l o u t h weist darauf hin, daß diese Frage bereits im Ortsbeirat erörtert worden ist. Man werde die Angelegenheit eingehend überprüfen und ggf. die Baunutzung ändern müssen.

- Kenntnis genommen -

c) Zwangsgeldbescheide

Ratsherr Z i m m e r m a n n fragt, ob die Rechtsgrundlagen für Zwangsgeldbescheide, die Bürgern zugestellt wurden, welche während der Rattenbekämpfungswoche kein Rattengift ausgelegt hatten, tatsächlich noch bestehen. Wenn das nicht zutreffe, müsse die Stadt Kiel die eingezogenen Zwangsgelder zurückzahlen.

Stadtrat B o r c h e r t erwidert, daß die Bescheide der Stadt Kiel von höheren richterlichen Instanzen bestätigt worden sind. Nach Auffassung der Stadt können daher keine Zweifel daran bestehen, daß die den Zwangsgeldbescheiden zugrunde gelegten Rechtsgrundlagen noch geltendes Recht sind.

- Kenntnis genommen -

d) Instandhaltung von Bürgersteigen

Ratsherr K l o u t h stellt die erheblichen finanziellen Aufwendungen heraus, die in Kiel für die Instandhaltung und Einrichtung von Bürgersteigen geleistet werden. Andererseits könnten z.B. in Hammer und Kroog die Straßen ebenso wie die Bürgersteige erst ausgebaut werden, wenn die Kanalisation gelegt worden sei. Umso unzumutbarer sei es dann, wenn diese behelfsmäßigen Straßen, vor allem in dieser Jahreszeit, durch Lastkraftwagen ständig zerfahren werden. Das sei in Kronsburg der Fall, nachdem sich im Gemeindegebiet Wellsee zahlreiche Gewerbebetriebe niedergelassen hätten, deren Zufahrt durch das Kieler Stadtgebiet führe. Der Regionale Landesplanungsverband Kieler Umland müsse klären, wer nun die Siedlungsstraßen durch Kronsburg zu unterhalten habe.

Diese Anfrage soll in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung beantwortet werden.

- Kenntnis genommen -

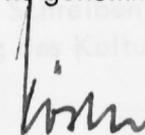
e) Verkehrsprobleme an der Hochbrückenabfahrt in Holtenau

Ratsherr N a c h t i g a l l spricht die verschiedenen Veröffentlichungen in den Tageszeitungen über die Verkehrsregelung an der Hochbrücke in Holtenau an. Es sei unmöglich, dabei nach den Vorschlägen des Bürgermeisters von Altenholz zu verfahren und den Holtenauern einen Umweg über die Immelmanstraße und die Boelckestraße aufzuerlegen. Damit könnten sich die Holtenauer Bürger auf keinen Fall einverstanden erklären. Sie seien vielmehr der Meinung, daß am Hochbrückendamm eine neue Fahrspur direkt nach Holtenau eingerichtet werden sollte und daß man im übrigen die Ampelanlage in der Boelckestraße möglichst bald installieren müsse. Er sei sich allerdings darüber im klaren, daß hierfür das Landesstraßenbauamt in Rendsburg zuständig sei.

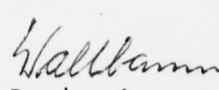
Ratsherr S c h ä f e r möchte die konkrete Frage anschließen, ob die Vorschläge des Altenholzer Bürgermeisters tatsächlich den Ausbau der Kreuzung Boelckestraße verzögert haben und ob der Ausbau der Kreuzung 450.000 oder nur 250.000 DM koste.

Stadtrat B o r c h e r t erwidert, daß die städtischen Dienststellen in vollem Umfange hinter dem Plan des Landesstraßenbauamtes Rendsburg stehen. Aufgrund der zwischenzeitlich erhobenen Vorstellungen des Altenholzer Bürgermeisters Meschkat sei jetzt nochmals geprüft worden, ob man nicht gewisse Änderungen vornehmen könnte. Dagegen wenden sich die städtischen Dienststellen. Zur Kostenfrage sei zu bemerken, daß der Ausbau der Kreuzung ursprünglich 450.000 DM kosten sollte, daß man aber gewisse Abstriche gemacht habe und die finanziellen Aufwendungen jetzt bei 250.000 bis 280.000 DM liegen sollen.

- Kenntnis genommen -


Stadtpräsident


Ratsherr


Ratsherrin
(Schriftführer)

b. v.

12/2

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister Kiel, den 4.3.65
- Hauptamt -
1) Widerspruch - Nein -
2) U.
Herrn Stadtrat präsidenten
zurückgemeldet.

Winkler

Instanzhaltung von Bürgersteigen

Verkehrsmittel an der Hochbrückenstraße in Holtenau

- Kenntnis genommen -

- Kenntnis genommen -

[Faint signature]

Stadtpresident

[Faint signature]
Rathsin
(Schriftführer)

1) Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 18. Februar 1965 erhält das Büro des Stadtpräsidenten.

2) Auszüge erhalten:

Von Punkt	2b) 1.	der Niederschrift:	Jugendamt z. K.
" "	2b) 2.	" "	Schlachthofbetriebe z. K.
" "	2b) 3.	" "	Stadtwerke z. K.
" "	2b) 4.	" "	Schul- und Kulturamt z. K.
" "	2b) 5.	" "	Theateramt z. K.
" "	3	" "	a) Amt für Wohnungsbau und Wohnungswesen z. K. u. w. V. b) Hauptamt z. K.
" "	4	" "	a) Ausgleichsamt z. K. u. w. V. b) Hauptamt z. K.
" "	5	" "	a) Bauverwaltungsamt z. K. u. w. V. b) Hauptamt z. K.
" "	6	" "	a) Bauverwaltungsamt z. K. b) Stadtplanungsamt z. K.
" "	7	" "	a) Bauverwaltungsamt z. K. u. w. V. b) Stadtplanungsamt z. K. c) Bauaufsichtsamt z. K.
" "	8	" "	a) Bauverwaltungsamt z. K. u. w. V. b) Stadtplanungsamt z. K. c) Bauaufsichtsamt z. K.
" "	9	" "	a) Städt. Krankenhaus z. K. u. w. V. b) Kämmereiamt z. K. c) Rechnungsprüfungsamt z. K.
" "	10	" "	Schul- und Kulturamt z. K. u. w. V.
" "	11	" "	a) Schul- und Kulturamt z. K. u. w. V. b) 2 x Kämmereiamt z. K. c) Rechnungsprüfungsamt z. K.
" "	12	" "	a) Jugendamt z. K. u. w. V. b) 2 x Kämmereiamt z. K. c) Rechnungsprüfungsamt z. K.
" "	13	" "	Jugendamt z. K. u. w. V.
" "	14	" "	Kieler-Woche-Büro z. K.

- Von Punkt 15 der Niederschrift:
- a) Bauverwaltungsamt z.K.u.w.V.
 - b) Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
 - c) Tiefbauamt z.K.u.w.V.
 - d) Ordnungsamt z.K.
- " " 16 " " a) Stadtreinigungs- und Fuhramt z.K.u.w.V.
b) Kämmereiamt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 17a " " a) Hauptamt z.K.
b) Kämmereiamt z.K.u.w.V.
- " " 17b " " a) Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
b) Bauverwaltungsamt z.K.u.w.V.
c) Tiefbauamt z.K.u.w.V.
- " " 17c " " Ordnungsamt z.K.u.w.V.
- " " 17d " " a) Ordnungsamt z.K.u.w.V.
b) Bauverwaltungsamt z.K.
c) Tiefbauamt z.K.
d) Referat Gebietsreform z.K.u.w.V.
- " " 17e " " a) Bauverwaltungsamt z.K.
b) Stadtplanungsamt z.K.
c) Ordnungsamt z.K.

Nichtöffentliche Sitzung

- " " 1 " " Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
- " " 2 " " a) Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
b) Kämmereiamt z.K.
- " " 3 " " a) Amt für Wirtschaftsförderung z.K.u.w.V.
b) Kämmereiamt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 4 " " Personalamt z.K.u.w.V.
- " " 5 " " a) Kämmereiamt z.K.u.w.V.
b) Rechnungsprüfungsamt z.K.

3) ZdA.

I.A.
A 4
2.

SITZUNG

des Magistrats
der Ratsversammlung

vom: 18.2.65

Einen Auszug der Niederschrift über die Sitzung

des Magistrats
der Ratsversammlung

heute erhalten:

öffentliche Sitzung

Wahlöffentliche Sitzung

A m t

Betrifft:

Unterschrift - Datum -

Punkt: Abschrift

Junius 2/3.65

Büro des Stadtpräsidenten

Punkt: 261) - 12 - 13 -

Jugendamt

Frühling 2/3.65

Punkt: 262)

Schuladmissionsbetriebe

Hanna 3/3.65

Punkt: 263)

Stadtwerke

Wangl. 2.3.65

Punkt: 264) - 10 - 11 - 1 - 2 -

See- u. Kulturstadt

Huber 2.3.65

Punkt: 265)

Theateramt

Jah. 2/III

Amt f. Wohnungsplan
u. Wohnungswesen

Punkt: 3

Exhib. 3/III. 65

Punkt: 3 - 4 - 5 - 17a -

Hauptamt

Huber 2/3

Punkt: 4 -

Ausgewandert

Sumiran 1/3 65

A m t	Betrifft:	Unterschrift - Datum -
Verwaltungsausschuss	Punkt: 5-6-7- 8 -15-17b-17d-17e-	Matth 2/3.65
Stadtplanungsausschuss	Punkt: 6-7-8-15-17b-17e-	Matth 2/3.65
Bauaufsichtsausschuss	Punkt: 9-	Matth 2/3.65
Städt. Bauwerkhaus	Punkt: 9-11-12-16-17a-2-3-5	fy Jun 2/3
Räumungsausschuss	Punkt: 9-11-12-16-3-5	Godemann 2/3
Rechnungsprüfungsausschuss	Punkt: 14-	Kohnd 2.3.65
Kiebs-Grube-Ausschuss	Punkt: 15-17b-17d-	Borck 2/3.65
Vierbauausschuss	Punkt: 15-17a-17d-17e-	Matth 2/3.65
Ordnungsausschuss	Punkt: 16-	G. Häuschle 2.3.65
Stadtträgers- & Feuerschutzsausschuss		1/3.65

SITZUNG

des Magistrats
der Ratsversammlung

vom: 18. 2. 65

Einen Auszug der Niederschrift über die Sitzung

des Magistrats
der Ratsversammlung

heute erhalten:

Amt	Betrifft:	Unterschrift - Datum -
	Punkt: 17d-	
Rechtsabteilung		Heck 2.13.65
Amt für Wirtschaftsförderung	Punkt: 3-	Heck 2.13.65.
	Punkt: 4-	
Personalamt		Knigge 2.3.65.
	Punkt:	

A m t

Betrifft:

Unterschrift - Datum -

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt: